SPURENSUCHE

Angelika Timm (Hg.)

SPURENSUCHE

Das Vermächtnis Rosa Luxemburgs für deutsche und israelische Linke

Angelika Timm (Hg.)

Konferenz aus Anlass der Eröffnung des Büros
der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv
12. März 2009

rls

TEL AVIV 2009

Rosa-Luxemburg-Stiftung (CC)
Israel-Büro
26 Nachmani St, P.O.Box 536
61004 Tel Aviv
Israel

Übersetzungen aus dem Deutschen: Raya Noy
Übersetzungen aus dem Hebräischen: Antje Eiger
Texteditorin Hebräisch: Efrat Even Tzur
Texteditor Deutsch: Klaus Timm

Fotos: Keren Manor
Graphische Gestaltung: Ruthie Beth-Or

Druck: Eli Meir, Offset Printing Ltd, Petach Tikva
© 2009, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Alle Rechte vorbehalten.

„Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“

Wie frei aber denken die anderen –
und wie gehen sie mit der Freiheit um?

Rosa Luxemburg

"חירות היא לעולם חירותם של החושבים אחרת"

האומנם חופשית היא מחשבתם
ומה עושים הם בחירותם?

rls

"الحرية هي دوما حرية أولئك الذين يفكرون بشكل مختلف"

ولكن الى أي مدى يفكر الآخرون بشكل حر
وكيف يستخدمون الحرية؟

INHALT

VORWORT 7

PANEL 1: ROSA LUXEMBURG - JÜDISCHE REVOLUTIONÄRIN UND INTERNATIONALISTIN

L. Joseph Heid / JUDEN IN DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG VOR, WÄHREND UND NACH DEM GROSSEN KRIEG 17

Annelies Laschitza / ROSA LUXEMBURG - MIT LEIDENSCHAFT UND VISION FÜR EINE BESSERE WELT 47

PANEL 2: SPUREN ROSA LUXEMBURGS IN PALÄSTINA/ISRAEL

Natascha Gordinsky / ROSA LUXEMBURG - EIN LIED AN DIE NATUR 59

Shulamit Aloni / NACHDENKEN ÜBER ROSA LUXEMBURG - EIN PERSÖNLICHES WORT 65

Yair Zaban / WAS BEDEUTET ROSA LUXEMBURG MEINER GENERATION? 69

PANEL 3: DAS VERMÄCHTNIS ROSA LUXEMBURGS FÜR HEUTIGE LINKE

Dov Khenin / ROSA LUXEMBURGS ERBE UND DIE HEUTIGE LINKE 84

Petra Pau / GEDANKEN ÜBER „FREIHEIT DURCH SOZIALISMUS" 95

PANEL 4: PODIUMSGESPRÄCH: ROSA LUXEMBURG - AKTUELL UND MODERN?

Moshe Zuckermann / ROSA LUXEMBURG - NOCH IMMER MODERN UND AKTUELL? 104

Moshe Zimmermann / ZUR HEUTIGEN RELEVANZ VON ROSA LUXEMBURG 109

Tamar Gozansky / MILITARISIERUNG VERSUS ARBEITERRECHTE UND DEMOKRATIE 115

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN 119

Vorwort

Dr. Angelika Timm

Seit März 2009 ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit zwei Büros in der Nahostregion vertreten. Der Eröffnung ihrer Repräsentanz in Ramallah Anfang Oktober 2008 folgte am 11./12. März 2009 die Einweihung des Israel Office in Tel Aviv. Damit sind – wie der deutsche Botschafter in Israel, Dr. Dr. Harald Kindermann, würdigend hervorhob – alle parteinahen Stiftungen der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien in Israel präsent.

Die Büroeröffnung fand vor dem Hintergrund einer spannungsgeladenen innerisraelischen Situation statt: Mit den Wahlen zur 18. Knesset waren die politischen Weichen neu gestellt und die Entscheidungen über das Schicksal des Landes einem Parteienbündnis von Rechtskonservativen, Ultra-Nationalisten und religiösen Fundamentalisten übertragen worden. Die bellizistische Stimmung der zwei Monate zuvor geführten Militäraktion in Gaza war noch nicht abgeklungen; sie und die zunehmende soziale Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten infolge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise hatten den politischen Resonanzboden der demokratischen Mitte und mehr noch den Handlungsspielraum der israelischen Linksparteien deutlich eingeengt.

Die „Tauben" in der Arbeitspartei (*Avodah*) vermochten es nicht, das Abgleiten der traditionsreichen, über Jahrzehnte Regierungsverantwortung tragenden Sozialdemokratie in die Bedeutungslosigkeit (knapp 10% der Wählerstimmen) aufzuhalten noch den Beitritt ihrer Partei zur Rechtskoalition zu verhindern. Die parlamentarische Repräsentanz der linkszionistischen *Merez* bzw. deren „Erneuerungsbewegung" erreichte ein historisches Tief (drei Knessetmandate). *Balad*, der National-Demokratische Bund, konnte Einfluss und Stimmenanteil

in der arabischen Bevölkerung zwar annähernd halten, sah sich jedoch nationalistischen Tendenzen in den eigenen Reihen wie auch der Konkurrenz islamistischer Gruppierungen ausgesetzt. Einzig die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (*Chadasch*) konnte neue Wählerschichten, nicht zuletzt im „jüdischen Sektor", erschließen und ihre Knessetfraktion um einen Abgeordneten (von drei auf vier Mandate) vergrößern. Dazu trugen das konsequente Antikriegs-Engagement und die kluge Verbindung von Sozial- und Umweltpolitik bei.

Das Wahldebakel der Linken stellte deren Führer, Mitglieder und Sympathisanten unabdingbar vor die Frage, wie linke Politik in Israel künftig aussehen müsse und wo entsprechende Erfahrungen vorlägen – sei es in der Geschichte der israelischen bzw. der internationalen Arbeiterbewegung, sei es aktuell bei linken Parteien Westeuropas und damit auch Deutschlands.

In das skizzierte „politisch-theoretische Vakuum" bzw. in das Bemühen linker israelischer Politiker, sich hinsichtlich ihrer Strategie und Taktik neu zu orientieren, fielen die Eröffnung des Tel Aviver Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung und eine Reihe weiterer Aktivitäten, die mit dem Namen der vor 90 Jahren ermordeten Revolutionärin verbunden waren – ein Symposium der RLS zum Thema „Das Vermächtnis Rosa Luxemburgs für deutsche und israelische Linke", die Neuedition Rosa Luxemburgs „Briefe aus dem Gefängnis" (in der hebräischen Übersetzung Lea Goldbergs aus dem Jahre 1942) und eine umfangreiche Würdigung der deutsch-polnisch-jüdischen Revolutionärin in der hebräischen wie auch in der englischen Ausgabe der bedeutendsten linksliberalen Tageszeitung des Landes unter dem Titel „A red, red Rosa (not to mention green and pink)". „Zu einem Zeitpunkt", so formulierte *Haaretz* am 11. März, „da die israelische Linke geschlagen und gedemütigt aus den Wahlen hervorgegangen ist, unternehmen Politiker und Intellektuelle beider Länder [Israels und Deutschlands] den Versuch, neue Dimensionen Luxemburgs zu erschließen."

Das dem Vermächtnis Rosa Luxemburgs gewidmete Symposium im Haus der israelischen Journalistenvereinigung, Beit Sokolov, Tel Aviv, stieß auf große Resonanz. Annähernd 250 Teilnehmer folgten interessiert sowohl der historischen Spurensuche in Deutschland und Palästina/Israel als auch den gegenwartsbezogenen Diskussionsbeiträgen. Bereits der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel hatte in seinen Begrüßungsworten

Dr. Dr. Harald Kindermann

Dr. Florian Weis

den historischen Bogen vom Wirken Rosa Luxemburgs und deren Tötung durch rechte Mordgesellen zur aktuellen Verantwortung für die Bewahrung demokratischer Werte und Errungenschaften gespannt. Die Weimarer Republik, so Harald Kindermann, sei an „der fehlenden Verteidigung der Demokratie zugrunde gegangen". Für alle deutschen Demokraten, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, bedeute das Vermächtnis Luxemburgs heute, der Gewalt und insbesondere auch dem Antisemitismus zivilgesellschaftlichen Widerstand entgegen zu setzen. Dieses Vermächtnis teilten alle deutschen Demokraten, „ob sie nun zur Linken gehören oder nicht".

Der Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dr. Florian Weis, drückte in seinen Eröffnungsworten die Hoffnung aus, dass die Tätigkeit eines RLS-Büros in Tel Aviv den Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und israelischen Linken fördern und neue Ansätze für die Zusammenarbeit schaffen könne. Als jüngste der sechs parteinahen Stiftungen der Bundesrepublik werde die RLS aktiv an der pluralistischen Ausgestaltung der Demokratie im eigenen Land und weltweit mitwirken. Hauptfelder ihrer Tätigkeit seien dementsprechend „die Organisation politischer Bildungsarbeit in Deutschland" und die gleichzeitige Beförderung des „internationalen Dialogs". Zu den thematischen Schwerpunkten der Stiftungsarbeit gehöre die Beantwortung der Frage, was heute links und sozialistisch sei – eine Herausforderung, der sich insbesondere auch israelische Linke ausgesetzt sehen. Darüber hinaus schlage er vor, dass sich der linke deutsch-israelische Dialog mit Hilfe des Auslandsbüros in Tel Aviv der Geschichtspolitik, der Geschichtsdeutung und der Aktualität historischer Debatten zuwende, sich

jedoch gleichzeitig der Analyse der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie den aus dieser resultierenden gesellschaftlichen Wirkungen widme. Eine Stiftung könne nicht alle Fragen beantworten, müsse aber geistige Anregungen geben und Plattformen für produktiven Meinungsstreit schaffen.

Das Einführungsreferat der Konferenz hielt der Duisburger Historiker Dr. Ludger Heid zum Thema „Juden in der deutschen Arbeiterbewegung vor, während und nach dem Großen Krieg". „Jüdische Linke", so Heid, hätten stets in vorderster Front gestanden, „wenn es galt, politische und soziale Ketten zu brechen, um eine Verbesserung des Menschheitsschicksals herbeizuführen." Aktive Teilnahme an sozialen Veränderungen und an der Ablösung bestehender politisch-gesellschaftlicher Zustände wäre Bestandteil ihres Strebens nach Emanzipation gewesen; sie hätten „von der Verwirklichung des sozialistischen Internationalismus die Schaffung einer neuen, gerechteren, menschenwürdigen Welt" erwartet.

Nicht nur Rosa Luxemburg jedoch musste erfahren, dass soziales Engagement und Weltoffenheit häufig mit antisemitischen Schmähungen beantwortet werden. Die international geachtete Luxemburg-Biografin, Prof. Dr. Annelies Laschitza, Berlin, zitierte aus einem Brief, in dem die „Rote Rosa" 1910 führende Persönlichkeiten der II. Internationale zu einer klaren Stellungnahme aufforderte. Unter der Parole „Nieder mit den Juden!" gäbe sich z. B. in Polen die gesamte liberale, fortschrittliche Presse einem Taumel des Antisemitismus hin. Laschitza betonte zugleich, dass Rosa Luxemburg stets unverrückbar an der Auffassung festgehalten habe, die Völker sollten und könnten ohne Unterschied der Rasse und Farbe in Frieden zusammen leben. „Nur dann kann man von Kultur reden, wenn Bande der Solidarität die Völker umschlingen", so Luxemburg im Herbst 1918.

Von linken Demokraten wurde Rosa Luxemburg – nicht nur in Europa – als Revolutionärin wahrgenommen, als Politikerin, die mit Leidenschaft und Vision für eine bessere Welt kämpfte. Dieses Bild bliebe jedoch einseitig, ließe man außer Acht, dass die „Rote Rosa" eine hoch gebildete, vielseitig – auch naturwissenschaftlich – interessierte, poetisch begabte und sensible Frau gewesen ist. Sie liebte die Natur über alles und hielt sie auf Bleistiftzeichnungen und Aquarellen fest. Ihre Menschlichkeit und Naturverbundenheit mögen die als unpolitisch geltende jüdische Schriftstellerin und Dichterin Lea Goldberg im Mandats-Palästina bewogen haben, Luxemburgs „Briefe aus dem Gefängnis"

1942 ins Hebräische zu übersetzen. Natascha Gordinsky von der Hebräischen Universität Jerusalem zumindest fand in den Tagebucheintragungen Goldbergs aus dem Jahr 1942 derart viel Ähnlichkeit mit Luxemburgs Naturschilderungen, dass sie meinte, die 1919 Ermordete durch Lea Goldberg sprechen zu hören.

Beide Frauen, so Gordinsky, trafen sich jedoch nicht nur in ihrer Liebe zur Natur, sondern auch in ihrem Glauben an den Menschen und in ihrer Bindung an den europäischen Humanismus. Man stelle sich vor: Mitten im faschistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg – 1942 – sitzt eine 1935 aus Königsberg nach Palästina emigrierte jüdische Poetin und polyglotte Übersetzerin in ihrem Tel Aviver Domizil und übersetzt die Briefe einer deutschen Linken – und ein renommierter jüdischer Verlag in Palästina veröffentlicht im selben Jahr das Buch. Es bleibe zu hoffen und zu wünschen, so Natascha Gordinsky, dass die 2009 aus Anlass der Büroeröffnung der Rosa-Luxemburg-Stiftung publizierte hebräische Neuauflage der „Briefe aus dem Gefängnis" in der „historischen" Übersetzung Goldbergs einen breiten Leserkreis in Israel finden und Rosa Luxemburg einer neuen Generation überantwortet werden möge.

Die linke Politikerin und Mitbegründerin der israelischen Bürgerrechtsbewegung, Schulamit Aloni, schrieb nicht nur das Vorwort zur o. g. aktuellen Luxemburg-Edition; sie sprach auf dem Symposium auch über ihre persönliche Beziehung zu Rosa Luxemburg. Auf ihrem Lebensweg – und zwar von frühester Jugend an – sei sie weniger durch die „poetische" denn die „politische Rosa" begleitet worden. Luxemburgs öffentliches Agieren, insbesondere die Standfestigkeit, mit der sie ihrer Überzeugung trotz permanenter physischer und verbaler Bedrohung treu blieb, sei für sie stets Vorbild gewesen, bekannte Frau Aloni. Nicht nur die Forderung nach Meinungsfreiheit als höchstem Gut gehöre zum Vermächtnis Rosa Luxemburgs, sondern vor allem auch deren Eintreten für universale Menschenrechte. „Es geht dabei nicht um *meine* Auffassung, um *meine* Partei, um *meinen* Platz, sondern um das Recht jedes Mannes, jeder Frau und jedes Kindes, an jedem Ort ohne Furcht und ohne Not leben zu können" – formulierte die Ikone der israelischen Bürgerrechtsbewegung. Die im Jahr 1942 ebenfalls auf Hebräisch in Palästina veröffentlichte Biographie Luxemburgs sei, anders als die Gefängnisbriefe, keineswegs poetisch gewesen; sie habe vielmehr den harten politischen Kampf der Revolutionärin dokumentiert. Aloni verband ihre „persönlichen Reminiszenzen" mit der Hoffnung, dass auch dieses zeitgeschichtliche und zugleich aktuelle Dokument in absehbarer Zeit einem

interessierten israelischen Publikum in Neuauflage vorgestellt werde.

Dem Wunsch Alonis schloss sich Yair Zaban an – ein bekannter Politiker der linkszionistischen *Merez*-Partei und – wie Aloni – ehemaliges Knesset- und Kabinettsmitglied. Er sprach über die Bedeutung Rosa Luxemburgs für seine Generation. Auf einer Gedenkveranstaltung zum 15. Todestag Rosa Luxemburgs im Kibbuz Givat Brenner sei Rosa 1934 beispielsweise als „die bedeutendste Frau in der neueren europäischen Geschichte" bezeichnet worden. Wenige Jahre später, als die Briefe und die Biographie Luxemburgs in Palästina veröffentlicht wurden, sei jedoch auch die Furcht geäußert worden, dass jüdische Linke – unter Berufung auf Luxemburg – internationalistische Werte in den Vordergrund rücken und sich vom Zionismus abwenden könnten. Zaban meinte, dass Luxemburg in ihren Auffassungen zur nationalen Frage zwar nicht immer Recht gehabt habe, dass ihre Suche nach Wahrheit, ihr Eintreten für einen humanistischen revolutionären Sozialismus, in dem auch der politische Gegner Meinungsfreiheit genieße, sowie ihr Streben nach Frieden und Völkerverständigung jedoch beispielhaft gewesen seien.

Als Vertreter der jüngeren Generation israelischer Politiker ging Dr. Dov Khenin, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Israels und seit 2006 *Chadasch*-Knessetabgeordneter, der Frage nach, welche Bedeutung den Lehren Rosa Luxemburgs für die heutige israelische Linke zukomme. Theoretisch anspruchsvoll spannte er den Bogen von der Krieg-Frieden-Thematik über die soziale Frage bis zur Umweltproblematik. Die von ihm ins Leben gerufene Bewegung „*Ir Lekulanu*" (Eine Stadt für uns alle) hatte am 11. November 2008 mit einer entsprechenden Agenda bei den Bürgermeisterwahlen in Tel Aviv–Jafo nahezu 35% der Stimmen gewonnen. „Luxemburg", so Khenin, „hat ‚Rot' und ‚Grün' miteinander verknüpft. Sie hat verstanden, dass kapitalistische Mechanismen keine Rücksicht auf die Umwelt nehmen und diese letztlich zerstören."

Dem israelischen Parlamentarier schloss sich Petra Pau an mit aktuellen und durchaus brisanten „Gedanken zur ‚Freiheit durch Sozialismus'". Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und Abgeordnete der Partei DIE LINKE verdeutlichte den israelischen Zuhörern eindrucksvoll, welcher Stellenwert dem viel zitierten Motto Rosa Luxemburgs „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden" für die politische Wende in der DDR zukam. Bürgerrechtler hätten 1988 am Rande des alljährlich offiziell

begangenen Gedenkens an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit diesem Slogan demonstriert und – so Pau – dem Land „einen Spiegel vorgehalten. Zum Vorschein kam ein autoritärer Obrigkeitsstaat. […] Die Freiheit des Einzelnen wurde der ‚großen Sache' geopfert." Aus ihrer Perspektive auf zweieinhalb Gesellschaftssysteme – den real existierenden Sozialismus, den real existierenden Kapitalismus und die kurze „Wendezeit" 1989/90 – schlussfolgerte die Politikerin, dass Freiheit immer auch die „Freiheit der *Anderslebenden*" sein müsse – eine Botschaft, die umfassend weder in der Bundesrepublik noch im Staat Israel umgesetzt ist und ob ihrer Aktualität nichts zu wünschen übrig lässt.

Über die Frage, ob und inwieweit Rosa Luxemburg für das heutige Israel aktuell und modern sein könne, diskutierten im Abschlussforum der Konferenz die Professoren Mosche Zimmermann (Hebräische Universität Jerusalem), Mosche Zuckermann und Gadi Algazi (beide Universität Tel Aviv) mit der langjährigen Knessetabgeordneten Tamar Gozansky (*Chadasch*) und mit Barbara Swirski, Direktorin des Think Tank *Adva*. Verwiesen wurde u. a. auf die Erosion sozialer Rechte der israelischen Werktätigen, auf die Militarisierung der Gesellschaft und auf das Spannungsverhältnis von Nationalem und Universalem. Die Diskutanten gaben zu bedenken, dass Rosa Luxemburg ihre sozialökonomischen Schriften vor einem Jahrhundert recherchiert und veröffentlicht habe und die israelische Realität – 100 Jahre danach – ein hohes Maß an Spezifik und Eigendynamik aufweise. Dennoch seien Luxemburgs Positionen zu Krieg und Frieden wie andere ihrer Grundauffassungen höchst aktuell und damit „modern". Mosche Zuckermann entließ das Auditorium mit der Feststellung, dass die Menschheit in einem „historischen Kampf" stehe, der noch lange nicht entschieden sei und in absehbarer Zeit auch nicht abgeschlossen werde. Alles jedoch, was historisch gewachsen sei, berge in sich auch das Potenzial der historischen Veränderung.

Die Resonanz der Konferenzteilnehmer – israelische Wissenschaftler, Politiker und zivilgesellschaftliche Akteure – wie auch der Medien war überwiegend positiv. In zahlreichen Zuschriften, Artikeln und Emails wurde die Rosa-Luxemburg-Stiftung nachdrücklich aufgefordert, den Meinungsstreit über Wesen und Ziele linker Politik in Zeiten der Globalisierung, der Wirtschaftskrise, der Angriffe auf soziale Errungenschaften und der Gefährdung demokratischer Grundrechte durch rückwärtsgewandte Kräfte unbedingt fortzusetzen. Das Tel Aviver Büro steht somit in der Pflicht, diesen Erwartungen in seiner künftigen Arbeit Rechnung zu tragen. Es beabsichtigt, sich vorrangig auf drei

Aufgaben zu konzentrieren – in Israel Wissen über Deutschland, insbesondere auch über die deutsche und europäische Linke, zu vermitteln; mit israelischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich alternativer Bildung, jüdisch-arabischer Verständigung, Friedenserziehung und der Stärkung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen widmen, eng zusammenzuarbeiten; und in Deutschland zur Entwicklung eines realistischen Israelbildes beizutragen, d. h. über die israelische Realität in ihrer Komplexität und Differenziertheit Auskunft zu geben.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung darf und will in ihrer Wirksamkeit die Spezifik der deutsch-israelischen Beziehungen nicht außer Acht lassen. Aus der deutschen Verantwortung für die Schoah, der sich auch Linke zu stellen haben, leitet sie die Verpflichtung ab, in aktiver Zusammenarbeit und Partnerschaft nach Antworten auf Fragen zu suchen, die sowohl die Vergangenheit als auch die Gegenwart und Zukunft beider Gesellschaften, der gesamten Nahostregion und Europas betreffen.

Der vorliegende Konferenzband mag als Beitrag zu o. g. Standortbestimmung und Zielstellung des Rosa-Luxemburg-Büros in Tel Aviv verstanden werden. Mit ihm seien insbesondere der Gedankenreichtum der Referenten und Diskutanten gewürdigt und gleichzeitig den an Vorbereitung und Durchführung der Konferenz beteiligten Mitarbeitern und Freunden gedankt – nicht zuletzt allen, die zur Übersetzung, zum Editing, zur grafischen Gestaltung und zum Druck der Publikation beigetragen haben.

Dr. Angelika Timm
Leiterin des Israel-Büros
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

PANEL 1

Rosa Luxemburg – Jüdische Revolutionärin und Internationalistin

L. Joseph Heid, Detlef Nakath, Annelies Laschitza (v.l.n.r.)

L. Joseph Heid

Juden in der deutschen Arbeiterbewegung vor, während und nach dem Großen Krieg

Juden in den Linksparteien – vielleicht sollte man besser von der Arbeiterbewegung sprechen – vor, während und nach dem Großen Krieg, wie die damaligen Zeitgenossen den Ersten Weltkrieg genannt haben. Ich gebe einige Stichworte: Sozialismus, Internationalismus, Nationalismus, Zionismus und Antisemitismus. Ein Porträt jüdisch-politischer Partizipation durch die Zeitläufte zu zeichnen, durch zwei politische Systeme, das Wilhelminische Kaiserreich und den ersten demokratischen Versuch von Weimar, mit dem revolutionären Fokus auf die Monate November 1918 bis Januar 1919, die in der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kulminierten – ein wirklich gewagtes Unternehmen.

Sozialistischer Internationalismus

Was Marx den Proletariern prophezeite, nämlich nur ihre Ketten zu verlieren, aber dafür eine Welt zu gewinnen, musste für Juden gleichermaßen gelten und sie zu einer prometheischen Befreierrolle motivieren: Aktive Teilnahme an sozialen Veränderungen und Umstürzen der bestehenden politisch-gesellschaftlichen Zustände. Juden in vorderer Reihe – nicht nur ideologisch, auch mitkämpfend -, wenn es galt, politische und soziale Ketten zu brechen, um eine Verbesserung des Menschheitsschicksals herbeizuführen, das ja ihr eigenes war – dies entspricht einer historischen Logik.

Jüdischer Sozialismus darf dem proletarischen Sozialismus insofern an die Seite gestellt werden, als beide die gemeinsame Wurzel in der Unterdrückung und der ungleichen Machtverteilung haben. Erfahrungen mit dem Antisemitismus

wurden von Juden als Deklassierung empfunden und als Deklassierte wollten sie mit anderen Deklassierten, den Proletariern, gegen Unterdrückung und Verfolgung zusammenstehen. Waren Juden – obwohl ihre äußere Lebensform, ihre Ausbildung, ihre geistigen Berufe, ihre gesellschaftliche Situation, kurz: ihre Kultur, dagegen spricht – nicht eigentlich weniger Bürger, sondern gewissermaßen Proletarier? Proletarier waren sie in dem Sinne, dass sie nicht aus eigener Kraft ihre Gegenwart und ihre Zukunft zu sichern vermochten, da sie weder im Besitz politischer Garantien, noch staatlicher Mitbestimmungsrechte waren. Selbst dort, wo ihnen eine Verfassung Gleichberechtigung und bürgerliche Freiheit gewährleistete, durften sie sich nicht über ihren unsicheren Status täuschen: Auch die Judenemanzipation war eine staatliche Konzession, beruhend auf Nützlichkeitserwägungen, mit dem Vorbehalt des Widerrufs. In Deutschland erfolgte dieser Widerruf zwei Generationen später. Und als man ihnen ihre Gleichberechtigung ungnädig aufkündigte, besaßen sie keinerlei Mittel, gegen diese Kündigung anzukämpfen.

Der Sozialismus ist, eigenem Selbstverständnis nach, *a priori* eine internationale Bewegung. Er ist international, weil er die Befreiung *aller* Menschen von jeder wirtschaftlichen, geistigen und politischen Knechtung erstrebt, und beruht auf der Idee, dass kein Volk für sich allein dauerhafte Lösungen für all seine wie auch immer gearteten Probleme finden kann. Von der Verwirklichung des sozialistischen Internationalismus erwarteten Juden die Schaffung einer neuen, gerechteren, menschenwürdigen Welt. Das erklärte Ziel des Internationalismus sollte ein gemeinsames Werk der befreiten Nationen sein. Galt das nicht für Juden gleichermaßen – als Individuen und als Volk?

Eine Anzahl von Persönlichkeiten jüdischer Herkunft, deren geistige Wurzeln im Nährboden humanistischer Bildung lagen, schloss sich in den 1880er und 1890er Jahren der Sozialdemokratie an und errang dort führende Stellung. Paul Singer gehört dazu, mehr noch Eduard Bernstein. Mit seinem Buch *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* wurde Bernstein zum Erzvater des „Revisionismus", der die marxistische Grundlage des Parteiprogramms zu ändern unternahm. Seine Bemerkung „Ich habe für das ‚Endziel des Sozialismus' sehr wenig Interesse. Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles", forderte Rosa Luxemburg heraus, die führende Vertreterin der marxistischen Linken in der Arbeiterpartei.

Zwei weitere jüdische Persönlichkeiten von historischer Bedeutung wären zu

nennen: Hugo Haase und Ludwig Frank. Haase war Führer des sezessionistischen Flügels, der sich als USPD konstituierte; er wurde Sprecher der kleinen Minderheit, die den deutschen Imperialismus und die Annexionen furchtlos und kompromisslos verurteilte. Ludwig Frank, der seit 1904 in der Politik tätig war und im Weltkrieg fiel, war die große Hoffnung der Sozialdemokratie.

Hugo Haase war Singers Nachfolger im Parteivorsitz der SPD. Am 25. Juli 1914 verfasste er einen Aufruf des Parteivorstandes, in dem er „flammenden Protest gegen das verbrecherische Treiben der Kriegshetzer" erhob und von der Reichsregierung „gebieterisch" die Aufrechterhaltung des Friedens forderte. Trotz seiner Opposition gegen den Krieg bejahte Haase – im Gegensatz zu Rosa Luxemburg – die Pflicht zur Landesverteidigung.

Wie stand es mit den Juden selbst, die sich innerhalb der Arbeiterbewegung engagierten? Wie hielten sie es mit dem Judentum? Juden traten der Sozialdemokratie – oder später der Kommunistischen Partei – in der Regel nicht als Juden bei. Mehr noch: Juden schlossen sich der sozialistischen Bewegung an, um sich von ihrer jüdischen Sonderexistenz zu befreien, und verbanden diese Haltung mitunter mit Selbstverleugnung. So paradox es klingen mag: Die sozialistische oder sozialrevolutionäre Bewegung war für Juden auch der Versuch einer revolutionären Assimilation. Auf diesem Wege hofften sie, irgendwann zu einer echten Emanzipation zu gelangen. Anders ausgedrückt: Ihr Sozialismus war ihr Judentum! Sie waren Sozialisten, für die Herkunft und Religion unbedeutend waren. Ihnen allen war die Überzeugung gemeinsam, dass das Judentum keine Nation, sondern lediglich eine Konfession darstelle und dass, wenn das Ziel des Sozialismus irgendwann erreicht werde, ohnehin alle Glaubensbekenntnisse bedeutungslos würden. Die sozialistische Idee war das Surrogat für Religion und Volkstum. Sie lehnten also – ohne ihr Judentum gänzlich zu verleugnen – eine besondere jüdische Identität ab, da ihnen ihre Herkunft weitgehend gleichgültig war. Nur wenige Sozialisten jüdischer Herkunft nahmen den Sozialismus als *Juden* auf, machten ihn zu ihrer nationalen Partei, frei von Zugeständnissen an die Assimilation.

Die zumeist aus der bürgerlichen Schicht stammenden jüdischen Intellektuellen hatten sich in aller Regel von ihrer klassenmäßigen und ethnischen Herkunft gelöst und waren zu der Erkenntnis gelangt, dass nur durch die Arbeiterpartei und in einer sozialistischen Gesellschaft soziale, nationale und religiöse Benachteiligungen zu überwinden seien. Je entschiedener sie sich von den

Voraussetzungen ihres kollektiven Bewusstseins als Juden lösten, desto mehr gelangten sie zu der Überzeugung, dass ihre eigenen mit den proletarischen Interessen übereinstimmten, was ihren politischen Kampf für eine klassenlose Gesellschaft ohne soziale und nationale Benachteiligung erklärt.

Jüdische Sozialisten und Zionismus

Im Zionismus haben sozialistische Gedankengänge schon sehr früh eine Rolle gespielt, wenn auch nicht die bedeutendste. Hemmend wirkte sich vor allem aus, dass nichtjüdische Sozialisten den Zionismus als besondere Erscheinungsform des Nationalismus ablehnten, obwohl vor dem Ersten Weltkrieg viele sozialistische Theoretiker trotz des prinzipiellen Internationalismus nationalen Bestrebungen durchaus positiv gegenüberstanden. So meinte Engels, dass eine internationale Bewegung des Proletariats überhaupt nur zwischen selbständigen Nationen möglich sei. Kautsky, Lenin, Stalin und andere Sozialisten, die sich mit der nationalen Frage befassten, forderten das Selbstbestimmungsrecht für alle – unterdrückten – Nationen, wobei sie jedoch widersprüchlicherweise die „Judenfrage" ausklammerten, wenn sie von der sozialistischen Politik der Selbstbestimmung sprachen. In der sozialistischen Ethik und im sozialistischen Freiheitsbegriff fand jede nationale Freiheitsbewegung ihren moralischen Rückhalt – nicht so die nationaljüdische Bewegung. Das Programm der nationalen Selbstbestimmung, wie es der Zionismus vertrat, wurde deshalb von den meisten nichtjüdischen Sozialisten als eine Gefährdung des Internationalismus angesehen, und damit als Schritt zurück auf dem erstrebten Weg zu einer sozialistischen Revolution.

Sozialistische Zionisten verwiesen demgegenüber darauf, dass der Zionismus kein Nationalismus im herkömmlichen Sinne sei, da die „Judenfrage" keine rein nationale, sondern gleichzeitig eine soziale Frage wäre. Verbreitet war auch bei jüdischen Sozialisten wie Otto Bauer oder Rosa Luxemburg die Auffassung, dass die kapitalistische Entwicklung das Judentum nicht als Nation im eigentlichen Sinne bestehen lasse, sondern ihm den Status einer „geschichtslosen Nation" zuweise.[1] Die Nationalitätenfrage wurde – wie alle gesellschaftlichen und politischen Fragen – als Klassenfrage betrachtet. Danach könne das Judentum als gesellschaftliche Minderheit keine nationale Politik betreiben. Der Zionismus

1 Bauer, Otto, *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie*, Wien 1924, S. 131.

als partikulare, nationalistische Bewegung bedeute nach sozialistischer Lesart eine Ablenkung von den Prinzipien des revolutionären Klassenkampfes. Und da dieser ohnehin die universelle Befreiung der Menschheit anstrebe, erübrige sich die Unterstützung einer einzelnen unterdrückten Minderheit.[2]

„Von allen Seiten melden sich Nationen und Natiönchen mit ihren Rechten auf Staatsbildung", machte sich Rosa Luxemburg einmal lustig, und fügte in ihrem typischen Duktus hinzu: „Vermoderte Leichen steigen aus jahrhundertjährigen Gräbern, von neuem Lenztrieb erfüllt [...]. Zionisten errichten schon ihr Palästinaghetto, vorläufig in Philadelphia. Auf dem nationalistischen Blocksberg ist heute Walpurgisnacht".[3]

Die deutsche Sozialdemokratie erteilte allen jüdisch-sozialistischen Sonderwegen – in organisatorischer und ideologischer Hinsicht – somit von Anfang an eine klare Absage und forderte die rückhaltlose Integration in die allgemeine Arbeiterbewegung.

*

Erst für den Sozialismus-Theoretiker **Karl Kautsky**, der seit 1890 immer wieder zu jüdischen Themen Stellung nahm, stellte sich im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die Frage nach einer systematischen Auseinandersetzung mit der Ideologie des Zionismus. Er trifft in seinem Essay *Rasse und Judentum* jedoch über die Juden höchst widersprüchliche Aussagen. Die „Lösung der Judenfrage" sah er allein in der vollständigen Assimilation, mit der, so seine weit verbreitete Meinung, der Antisemitismus verschwinden würde. Seine Ansicht gipfelt in der Feststellung: „Sicher bedeutet die Befreiung des Judentums um so eher seine Auflösung, je gründlicher sie vollzogen wird".[4] Der einzige den Juden offen stehende „Rettungsweg", sich vor dem Untergang zu bewahren, könne nur durch einen Austritt aus dem Judentum und allein über die energische Anteilnahme am Klassenkampf des Proletariats führen. „Die *Juden* sind ein eminent revolutionärer Faktor geworden", differenzierte er spitzfindig, „das *Judentum* aber ein reaktionärer". Mit einem Wort, Kautsky wünschte sich den Untergang

2 Vgl. Luxemburg, Rosa, Nationalitätenfrage und Autonomie. In: Dies., *Internationalismus und Klassenkampf. Die polnischen Schriften*. Hrsg. v. Jürgen Hentze, Neuwied, Berlin 1971, S. 260.

3 Luxemburg, Rosa, Die Russische Revolution. Eine kritische Würdigung. In: *Neuer Weg*, Paris 1939, S. 56.

4 Kautsky, Karl, *Rasse und Judentum* (= Ergänzungsheft zur *Neuen Zeit*, Nr. 20), Stuttgart o. J. [1914/15], S. 92.

des Judentums herbei und sah darin durchaus keinen tragischen Prozess wie etwa im „Aussterben“ der Indianer, sondern ein Aufsteigen zu höherer Kraft. „Es ist ein Bleigewicht am Fuße der vorwärtsdrängenden Juden selbst“, meinte Kautsky, „einer der letzten Überreste aus dem feudalen Mittelalter, ein soziales Ghetto, das sich im Bewusstsein noch behauptet, nachdem das greifbare Ghetto schon verschwunden ist. Wir sind nicht völlig aus dem Mittelalter heraus, solange das Judentum noch unter uns existiert. Je eher es verschwindet, desto besser für die Gesellschaft und die Juden selbst“.[5]

Da Kautsky Palästina als jüdische Heimstätte aus unterschiedlichen Gründen für ungeeignet hielt, war die zionistische Idee für ihn hinfällig. Bedenklich an seiner Argumentation war die Überzeugung, dass es jüdische „Eigenart“ sei, Städter und damit zur Landwirtschaft unfähig zu sein[6]. Ohne Bauern sei eine jüdische Existenz in Palästina nicht aufzubauen und für eine Industrialisierung sei das Land ungeeignet. Die Palästinawanderer kämen nicht ins Land, um zu arbeiten, so Kautsky, sondern um von der Wohltätigkeit oder von ihrer Rente zu leben – also als Schnorrer. Kautsky diskreditierte den Zionismus und seine Träger grundweg: „Der Zionismus wollte einmal eine Bewegung jüdischer Proletariermassen werden, er wird immer mehr zum Sport jüdischer Philanthropen und Literaten. Noch weniger als der Antisemitismus kann sein jüdischer Widerpart je zu großen praktischen Resultaten kommen, dazu stehen seine Ziele zu sehr im Gegensatz zu den gegebenen materiellen Bedingungen. Er wird stets nur viel Geschrei machen können und wenig Wolle produzieren“.[7]

In *Rasse und Judentum* widmet Kautsky dem Zionismus ein eigenes Kapitel, in dem er seine Abneigung, ja seine Zionistenfeindlichkeit entwickelt. Sein Ton ist abfällig und unsensibel und es fällt schwer, eine antisemitische Konnotation zu übersehen. Für Kautsky fehlten dem Zionismus die ökonomischen Grundlagen, umso mehr musste deswegen der „so bequeme Begriff der Rasse“ aushelfen: „Der Zionismus soll nicht mehr der wirtschaftlichen oder politischen Not der Juden abhelfen“, so seine Konklusion, „sondern die jüdische Rasse rein erhalten“. Palästina als „Weltghetto zur Absonderung der jüdischen Rasse“ von anderen Rassen, das sei das Ziel des Zionismus geworden.[8]

5 Ebenda, S. 94. Hervorhebungen d. Verf.
6 Ebenda, S. 79 und 56.
7 Ebenda, S. 82.
8 Ebenda, S. 82.

Mit seinen Vorurteilen befindet Kautsky sich in der Gesellschaft von Karl Marx, der den Juden allenfalls eine „schimärische Nationalität“ zuspricht, und zwar die „Nationalität des Kaufmanns“. Auch wenn Kautsky Lob und Mitgefühl für das jüdische Proletariat übrig hat, Verständnis für nationale Bestrebungen aller Völker – mit einer Ausnahme – aufbringt, so zeigt er doch nichts als Verachtung für die Juden als Nation und die ist tief verankert in der sozialistischen Tradition[9].

Als auf dem fünften Zionistenkongress (1901) beschlossen wurde, einen jüdischen Nationalfonds (*Keren Kayemet le-Israel*) zu gründen, der den Boden des Landes als Volkseigentum erwerben sollte, und damit eine weitere praktische Annäherung an den Sozialismus vollzogen wurde, ging Kautsky über eine unter sozialistischen Führern weit verbreitete indifferente Haltung durch direkte Ablehnung hinaus. Er tat dies mit der kategorischen Bemerkung: „Mit unserer allgemeinen Betrachtung des Zionismus wird auch seine sozialistische Seite seine Erledigung finden“.[10]

Ganz offensichtlich war dem erklärten Antizionisten Karl Kautsky Bernsteins zionistischer Flirt nicht entgangen, was ihn zu einer sarkastischen Bemerkung veranlasste: „Nichts wäre schöner“, kam es in einer privaten Äußerung gallig aus Kautskys Mund, „als wenn Bernstein sich zum Zionismus revidierte, und wenn ich dabei mithelfen könnte, möchte ich es tun. Die Zionisten brauchen einen Propheten, Bernstein braucht Gläubige für sein Prophetentum und wir brauchen ihn nicht. Also wäre allen Beteiligten geholfen. Man sollte T. Herzl und Nordau auf die neue Kraft aufmerksam machen“.[11]

Jüdische Sozialisten als Zionisten

Wie stand es mit den jüdischen Sozialisten selbst? Wie vereinbarten sie Zionismus und Sozialismus zu einem geschlossenen Weltbild bzw. wie waren sie von der Unvereinbarkeit der beiden Ideologien überzeugt – die Haases, Franks, Stadthagens, Wurms, Herzfelds, Landsbergs oder Weills im Reichstag, die Heilmanns, Borchardts, Löwensteins oder Heymanns und andere mehr in den Länderparlamenten? Oder Oskar Cohn, der Mitglied sowohl des Reichs- als auch des Preußischen Landtags war und über den noch zu sprechen sein wird? Eine

9 Silberner, Edmund, *Sozialisten zur Judenfrage*, Berlin 1962, S. 225f.
10 Kautsky, *Rasse und Judentum,* S. 83.
11 Karl Kautsky an Julius Motteler, 9. Januar 1903, Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Amsterdam, Nachlass Motteler 2221/1.

monolithische Haltung unter Juden lässt sich naturgemäß nicht ausmachen. Die Mehrheit, sei sie im Judentum geblieben oder hatte sie dieses verlassen, tendierte zur Assimilation und/oder stand dem Judentum gleichgültig gegenüber.

Ein Bekenntnis oder eine Ambivalenz zum Zionismus war unter Sozialisten eine seltene Erscheinung. Im 19. Jahrhundert war es allein Moses Hess, der ein nationaljüdisches Programm aufgestellt hatte. Bis zum Ersten Weltkrieg sollte dies eine isolierte Stimme bleiben. Erst unter dem Eindruck der Begegnung mit den Juden in Osteuropa während des Ersten Weltkrieges und der damit verbundenen Rekrutierung von Ostjuden für die deutsche Rüstungsindustrie, aber auch aufgrund der schmählichen „Judenzählung" des Jahres 1916, begannen einige jüdische Sozialisten, sich verstärkt (positiv) mit der „Ostjudenfrage" und in der Folge mit zionistischen Fragen zu beschäftigen.

Zu der genannten Gruppe jüdischer Parlamentarier der wilhelminischen und nachwilhelminischen Zeit, die immer wieder jüdische Fragen berührte und öffentlich machte und sich dabei zionistischen Positionen annäherte, gehörten Eduard Bernstein, Georg Davidsohn, Oskar Cohn und Max Cohen-Reuss. Davidsohn und Cohen verharrten in einer assimilatorischen Haltung. Oskar Cohn dagegen war während des Ersten Weltkrieges auf die Not des osteuropäischen Judentums aufmerksam geworden. Unter dem Eindruck seines „Ostjudenerlebnisses" vollzog er nach und nach eine politische Hinwendung zum Zionismus, die er durch seine Repräsentanz in der Berliner Gemeinde sowie im Preußischen Landesverband für die *Poale Zion* dokumentierte. Er war als erklärter Zionist unter den jüdischen Parlamentariern der Weimarer Jahre eine einzigartige Erscheinung. Mitte der 1920er Jahre zog sich Cohn – nicht ganz freiwillig – völlig aus der Parteipolitik zurück und widmete sich, angesichts der bedrängten Lage der Ostjuden durch den zügellosen Antisemitismus, ausschließlich zionistischen und allgemein jüdischen Fragen.

*

Irgendeiner „spezifisch jüdischen" Verbindung beizutreten, sei sie rein sozial oder politisch, sei sie schlechthin zionistisch oder sozialistisch-zionistisch, kam für **Eduard Bernstein** nicht in Frage.[12] Nicht das Ziel der Zionisten, räumte er im Vorwort seiner Schrift *Die Aufgaben der Juden im Weltkriege* ein, wohl aber die

12 Bernstein, Eduard, *Die Aufgaben der Juden im Weltkriege*, Berlin 1917, S. 32. Veröffentlicht in: Ders., *„Ich bin der Letzte, der dazu schweigt". Texte in jüdischen Angelegenheiten.* Hrsg. u. eingel. v. Ludger Heid, Potsdam 2004, S. 211-229.

Tatsache, dass sie überhaupt ein Ideal haben – diese Seite des Zionismus sei es, die auf verwandte Empfindungen in ihm stoße.[13] Die „Judenfrage" als Frage eines besonderen nationalen Rechts oder Interesses von Juden aufzufassen, kam ihm lange Zeit nicht in den Sinn. Er meinte allerdings, dass in der Brust des Judentums – als Einheit genommen – drei Seelen wohnten: die „landespatriotische", die im Zionismus ihren radikalsten Ausdruck findende „stammespolitische" und die für seinen Geschmack zu gering geschätzte „kosmopolitische". Im Jahre 1916, als er diese Typisierung vornahm, hielt Bernstein die Assimilation für eine geschichtliche und kulturelle Notwendigkeit: Für ihn stellte sich nicht die Frage nach dem ob, sondern nach dem wie. Den Juden sei aufgrund ihrer Geschichte die Aufgabe zugewiesen, Weltbürger zu sein und als „geborene Pazifisten" dem Hass unter den Völkern entgegenzuwirken.[14]

Während des Weltkrieges verfasste Bernstein eine Denkschrift über die „jüdisch-nationale Bewegung", in der er die Maxime früherer marxistischer Denker, die die Bewahrung und Erneuerung kleiner Nationalitäten als reaktionär abgelehnt hatten, als Irrtum bezeichnete. Er kam zu dem Schluss, dass jedes Volk das unveräußerliche Recht habe, sein eigenes Schicksal frei zu bestimmen. Minderheiten müsse nationale Autonomie zugestanden werden. Er schloss nicht aus, dass diese Idee auch auf einen zu gründenden jüdischen Staat in Palästina angewandt werden könne[15]. Nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges spürte Bernstein ein „erhöhtes Bedürfnis", mit ungeteilter Kraft für den Sozialismus zu wirken. In der sozialistischen Internationale sah er die „erlösende Macht", die die „Judenfrage" einst zur Ruhe bringen werde.[16]

Angesichts des militanten Antisemitismus der Nachkriegszeit zeigte Bernstein – ohne grundsätzliche Vorbehalte aufzugeben – gewisse Sympathien für den Zionismus, den er zuvor abgelehnt hatte. Anlässlich einer am 16. März 1925 von der *Poale Zion* organisierten Kundgebung in Berlin meinte er, dass die zionistische

13 Ebenda, S. 8.

14 Bernstein, Eduard, Vom Patriotismus der Juden. In: *Friedens-Warte* XVIII (1916), Basel, S. 246ff. sowie Ders., *Die Aufgaben der Juden im Weltkriege*, 33f, auch: Bernstein/Heid, *„Ich bin der Letzte..."*, S. 199-207.

15 Bernstein, Eduard, *Die demokratische Staatsidee und die jüdisch- nationale Bewegung,* 21 S., Handschr. Manuskript, IISG, NL Bernstein, A 114. Jetzt veröffentlicht in: Bernstein/Heid, *„Ich bin der Letzte..."*, S. 248-257.

16 Bernstein, Eduard, Wie ich als Jude in der Diaspora aufwuchs. In: *Der Jude*, 1917/18, Zit. 187, 194, 195. Auch: Bernstein/Heid, S. 76-86.

Bewegung ein „naturgemäßes Produkt“ der antisemitischen Reaktion sei. Er lobte die zionistische Bewegung und räumte ein, dass er diese früher nicht verstanden habe. Die Leistungen in Palästina sah er als einen Beweis dafür an, was Hingabe erreichen könne. Deshalb sprach er der zionistischen Arbeiterbewegung seine volle Sympathie aus. Seine Ansprache schloss er so: „Ich empfinde [...], dass hier etwas ist, was notwendig ist, und aus diesem Gedanken heraus kann ich nur sagen: Ich glaube, aus dieser Bewegung wird Großes hervorgehen. Ich kann der Bewegung nur eines wünschen, dass sie bei allem, was sie national erstrebt, nicht den großen internationalen Gedanken vergisst, dass sie ihm auch das gibt, was ihm gebührt. Wir wollen nie die Zugehörigkeit zur Internationale vergessen!“[17]

In der in New York erscheinenden jiddisch-sprachigen *Zukunft* setzte Bernstein sich im März 1929 publizistisch mit seinem „persönlichen“ Zionismus auseinander. Seinen Aufsatz hatte er mit der doppeldeutigen Zeile „Ein Unterstützer des Pro-Palästina-Komitees und doch kein Zionist“ untertitelt[18], was seine Haltung zutreffend charakterisiert. In einem Interview, das er aus Anlass seines 80. Geburtstags am 6. Januar 1930 der *CV-Zeitung* gab, sagte Bernstein: „Erst in allerletzter Zeit hatte ich mit Karl Kautsky wegen des Zionismus eine Auseinandersetzung. Ich habe nämlich [...] den Standpunkt vertreten, dass die Juden eine Heimstätte haben müssten, dass diese Heimstätte aber niemals nationalistisch und völkisch aufgezogen werden dürfe. [...] Ich wünsche [...] eine Heimstätte, die wirklich auch eine Heimstätte sei und der jeder nationalistische Beigeschmack fehlt“.[19]

Konsequenterweise nahm Bernstein Kontakt zu der deutschen *Poale-Zion*-Bewegung auf und kümmerte sich um das Los der Ostjuden in Deutschland. Salman Rubaschow, einer der führenden Vertreter der *Poale Zion* in Deutschland und Palästina, später der dritte israelische Staatspräsident Salman Schasar, bezeugt sowohl Bernsteins Engagement, die jüdisch-sozialdemokratische Bewegung zum Mitglied der Zweiten Internationale werden zu lassen, als auch

17 *Der neue Weg. Monatsschrift der jüdisch sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation Poale Zion in Deutschland* Nr. 3/4 (Februar-März 1925), S. 72f.

18 Bernstein, Eduard, Das jüdische Heim in Eretz Israel. Ein Unterstützer des Pro-Palästina-Komitees und doch kein Zionist. In: *Die Zukunft* (The Future), New York, März 1929, S. 157-158; auch: Bernstein/Heid, S. 263-267.

19 Eduard Bernstein in einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der *CV-Zeitung*. In: *CV-Zeitung*, 3. Januar 1930.

Bernsteins Wertschätzung bei den sozialistischen Zionisten in Palästina.[20] Eine Urkunde der „Liga für das arbeitende Palästina“, überreicht von der jüdisch-sozialdemokratischen *Poale Zion* zu seinem 81. Geburtstag am 6. Januar 1931, preist Bernstein als „treuen Freund[e] des jüdischen Arbeiterwerks in Palästina“[21]. Diese Anerkennung am Abend seines Lebens war keine Höflichkeitsfloskel, sondern Dank für einen Mann, der sich über ein Jahrzehnt auf vielfältige Weise mit der realen Situation der Ostjuden in Deutschland beschäftigt und seine Stimme für die proletarischen Ostjuden erhoben hatte.

Verkürzt ausgedrückt, wollte der zionistische Sozialismus den Juden der Diaspora von seinem zum Scheitern verurteilten assimilatorischen Judentum „erlösen“, um ihn durch Produktivierung in Palästina als neuen Menschen wiederauferstehen zu lassen. Insofern verkehrte der zionistische Sozialismus das antisemitische Bild des Juden, indem er ihm das Bild des produktiven Juden, den Juden als Arbeiter, entgegenstellte. Die nationale Idee des Zionismus verknüpfte sein sozialistischer Flügel mit der sozialen Idee der Produktivierung des Juden durch physische Arbeit.

Was das Verhältnis Zionismus/Sozialismus betrifft, so möchte ich zusammenfassend sagen, dass die meisten Sozialdemokraten und Kommunisten gleichermaßen für den Zionismus im besten Fall wenig übrig hatten.[22] Grundsätzlich wurde der Zionismus abgelehnt, wenn nicht bekämpft. Für deutsche Sozialdemokraten (oder Kommunisten) waren deutsche Juden in erster Linie deutsche Genossen: Der Gedanke, sie gehörten dem „jüdischen Volk“ an, war ihnen fremd, und für religiöse Gründe, nach Palästina zu emigrieren, fehlte ihnen jedes Verständnis. Zionismus ließen sie allenfalls für Juden in Osteuropa, nicht aber in Deutschland gelten. Nur wenige jüdische Sozialdemokraten waren *in Deutschland* Zionisten. In Deutschland sich zu einer zionistischen Gesinnung zu bekennen, war zudem offensichtlich unvereinbar mit einer führenden Parteifunktion. Auch wenn die Weimarer Sozialdemokratie den Zionismus und das „arbeitende“ Palästina tolerierte und sie diesen Sympathie entgegenbrachte, bestand immer eine beträchtliche Distanz zwischen Sympathie, Förderung und

20 IISG, NL Bernstein, A 23.

21 Ebenda, D 545.

22 Siehe dazu: Miller, Susanne, Sozialdemokratie und Antisemitismus. In: Dies., *Sozialdemokratie als Lebenssinn. Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD. Zum 80. Geburtstag*. Hrsg. v. Bernd Faulenbach, Bonn 1995, S. 348.

aktiver Mitgliedschaft in einer zionistischen Organisation. Ein sich persönlich mit der jüdischen Nationalbewegung identifizierender Sozialdemokrat, der zum aktiven Zionisten wurde und sogar an eine Emigration nach Palästina dachte, war gewiss eine Ausnahme.[23]

Am Beispiel Oskar Cohns, des einzigen links-zionistischen deutschen Parlamentariers, lässt sich obige These belegen. Cohn wurde von seiner Partei, seit er sich in seiner politischen Arbeit dezidiert für „jüdische" Angelegenheiten einsetzte, als sozialdemokratischer Kandidat weder im Reichstag noch im Preußischen Landtag weiterhin berücksichtigt. Das lässt sich als Zugeständnis an völkische und antisemitische Zeitströmungen verstehen. Ähnliches gilt für den sozialdemokratischen Gewerkschaftstheoretiker und erklärten Zionisten Fritz Perez Naphtali, der seine politische Laufbahn erst nach seiner Emigration aus Deutschland als Landwirtschaftsminister in Israel krönen konnte. Ebenso wäre der Nationalökonom Franz Oppenheimer in diesem Zusammenhang zu nennen: Auch Oppenheimer sah keinen Gegensatz zwischen einer Mitgliedschaft in der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und der SPD. Er glaubte, dass der Zionismus nach den Grundsätzen des Sozialismus verwirklicht werden könne und stellte kurz und bündig fest: „Um es mit einem Worte zu sagen: Ich bin Zionist, weil und insofern ich ein gläubiger Sozialist bin".[24] Cohn, Naphtali und Oppenheimer gehörten zu den deutschen Juden, die Sozialismus und Zionismus synthetisch miteinander zu vereinbaren suchten – und scheiterten.[25]

Sozialistischer Antisemitismus

Innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung war die „Judenfrage" seit Mitte des 19. Jahrhunderts Gegenstand innerparteilicher Auseinandersetzungen. Im

23 Vgl. dazu: Riemer, Jehuda, *Fritz Perez Naphtali. Sozialdemokrat und Zionist,* Gerlingen 1991, S. 38.

24 Oppenheimer, Franz, Zu unserer Umfrage über den Zionismus. In: *Generalanzeiger für die gesamten Interessen des Judentums* Nr. 10, 5. März 1903, S. 1.

25 Es bedurfte einer besonderen historischen Erfahrung, um das Verhältnis von Zionismus und Sozialismus (Sozialdemokratie) zu verändern – die Erfahrung des Nationalsozialismus, die die Richtigkeit der zionistischen These bestätigte. Die SPD überwand erst in den 1950er Jahren ihre ideologischen Hemmungen, um Verbindungen mit dem Zionismus und dem inzwischen gegründeten Staat Israel aufzunehmen, ein Schritt, der sie im Laufe der Zeit zu einem treuen Verbündeten der israelischen Arbeiterbewegung machte.

Mittelpunkt stand dabei das Verhältnis von Sozialismus und Antisemitismus. Sobald die Emanzipation der Menschheit die höchste Stufe erreicht hätte, die Marx kommunistische Gesellschaft nannte, werde, so eine sozialistische Grundüberzeugung, mit vielen anderen gesellschaftlichen Geschwüren auch der Antisemitismus verschwinden. Galt jahrzehntelang die Überzeugung, dass es im Sozialismus weder in der Theorie noch in der Praxis antisemitische Zugeständnisse gegeben habe[26], so muss man sich spätestens seit den Untersuchungen Edmund Silberners eines anderen belehren lassen[27]. Danach bleibt festzuhalten, dass ein sozialistischer Flirt mit dem Antisemitismus nicht zu leugnen ist. Daran ändert die grundsätzliche Feststellung nichts, dass von allen deutschen Parteien die Sozialdemokratie die Juden am konsequentesten verteidigt hat, selbst wenn kein Zweifel daran besteht, dass sowohl unter den führenden Sozialisten und Sozialdemokraten als auch unter der parteigebundenen und organisierten Arbeiterschaft ein tradierter individueller Antisemitismus weiter existierte.

„Von allen seinen Phobien", schreibt Silberner über den größten sozialistischen Meinungsbildner Karl Marx, „war aber keine akuter als die vor den Juden"[28]. Eduard Bernstein, ein sensibler Beobachter antijüdischer Stimmungen, hat die Ambivalenz von Judentum/Sozialismus/Antisemitismus an der Frage festgemacht, inwieweit die jüdische Herkunft von Marx und Lassalle die Haltung der deutschen Sozialdemokratie in Bezug auf die Juden bzw. die „Judenfrage" beeinflusst hat. Zum einen hätten sich dadurch sozialistische Ideen unter Juden verbreitet, meint Bernstein, aber das, was Marx und Lassalle über Juden veröffentlicht haben, hat zugleich unter den nachfolgenden Sozialistengenerationen eine antijüdische Stimmung hervorgerufen. Der anfangs überzeugte Marxist Bernstein widerspricht seinem politischen Lehrmeister, wenn er die Behauptung von Marx, Jude und kapitalistischer Ausbeuter seien ein und dasselbe, zurückweist. In Marxens Werk über die „Judenfrage" sei viel Geistreiches zu finden, resümiert Bernstein, doch gerade im Hauptpunkt sei die

26 Vgl. Hamburger, Ernest, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands,* Tübingen 1968, S. 148; Massing, Paul W., *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus,* Frankfurt/M. 1986, S. 159.

27 Vgl. Silberner, Edmund, *Sozialisten zur Judenfrage,* Berlin 1962. Ders., *Kommunisten zur Judenfrage*, Opladen 1983. – Die Kapitel über Marx und Engels sind textgleich.

28 Ebenda, S. 37.

Abhandlung nicht zufrieden stellend, flach und anfechtbar, sei Marx doch zu sehr von der „heglianischen Pilpulmethode“ beeinflusst gewesen[29].

Wenn Marx im *Kapital* von den Juden als einem Handelsvolk spricht, das „in den Poren der polnischen Gesellschaft“[30] existiere, benutzt er ein biologistisch-rassistisches Bild vom Juden als Parasiten, das in der frühsozialistischen Literatur immer wieder gezeichnet wird. Und weiter heißt es in Marxens Hauptschrift: „Der Kapitalist weiß, dass alle Waren, wie lumpig sie immer aussehen oder schlecht sie immer riechen, im Glauben und in der Wahrheit Geld, innerlich beschnittene Juden sind, und zudem wundertätige Mittel, um aus Geld mehr Geld zu machen“.[31] In dieser Aussage findet sich nicht nur eine Reihe zeitgemäßer antijüdischer Stereotypen; hier antizipiert Marx antisemitische Klischees, die sich zählebig bis in die Gegenwart erhalten haben.

In unzähligen privaten wie offiziellen antijüdischen Äußerungen – beispielsweise in der Parteipresse – war im Anschluss an Marx u. a. ein stereotypes, negatives Judenbild bei Sozialisten sozusagen volkstümlich verankert. Die sozialdemokratische Unterhaltungspresse bediente sich in Karikaturen, Witzen, Romanen und Erzählungen häufig antijüdischer Klischees, die im Kaiserreich zur gesellschaftlichen Norm gehörten. In den Karikaturen des *Wahren Jacob* oder des *Süddeutschen Postillion* fallen die unkritisch verwendeten, den Juden nachgesagten „typischen“ Charaktereigenschaften und die überzeichneten physiognomischen Kennzeichnungen auf, womit diese Blätter die aus den

29 Bernstein, Eduard, Juden in der deutschen Sozialdemokratie. In: *Zukunft* (New York), XXVI (1921), S. 145f. – Es ist bemerkenswert, dass Bernstein mit seiner Metapher ein sich widersprechendes Wortpaar wählt: *Pilpul* (abgeleitet vom hebräischen *pilpel*=Pfeffer) ist die Bezeichnung der scharfsinnigen *talmudischen* Dialektik, mit deren Hilfe Textschwierigkeiten und vor allem Widersprüche bei *halachischen* Problemen ausgeglichen wurden; Hegel, dem diese haarspalterische Methode seitens Bernstein zugeordnet wird, war zwar für die Judenemanzipation eingetreten, bedachte die Juden in seinen Jugendschriften jedoch mit heftigen Beschimpfungen und stufte das Judentum als minderwertige „Knechtsreligion“ unter der christlichen Religion ein. – Zu Bernsteins interessantem und wenig beachtetem Aufsatz vgl. Ludger Heid, 'Proletarier zu sein und Jude dazu, das bedeutet unsägliches Leid...' Sozialisten zur 'Ostjudenfrage'. In: *Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933*. Hrsg. v. Ludger Heid und Arnold Paucker, Tübingen 1992, S. 178; zuletzt: Bernstein/Heid, S. 113-129.

30 Marx, Karl, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. 1. Bd. (= *MEW* Bd. 23), Berlin/DDR 1979, S. 93.

31 Ebenda, S. 169.

Rassentheorien entlehnten Bilder vom Juden vorbehaltlos nachahmten[32].

Während Bernstein sich im Jahre 1884 noch bei Engels beklagte, dass innerhalb der deutschen Sozialdemokratie viele Führer jüdischer Abstammung sich fast gezwungen sahen, eine antisemitische Haltung vorzuweisen, um von der Partei jeglichen Verdacht fernzuhalten, die „Interessen der Juden zu begünstigen“, war er rückblickend doch davon überzeugt, dass innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ein „ausgesprochener Antisemit“ eine unmögliche Erscheinung sei, wenngleich „da und dort“ in der Partei und in den sozialistischen Gewerkschaften antijüdische Vorurteile oder gewisse „Relikte von Rassegefühl“ anzutreffen seien. Doch in der politischen Grundhaltung und bei der Verteilung von Ämtern und Mandaten, bei denen allein Fähigkeiten und Ansehen in der Partei ausschlaggebend wären, sei ihm innerhalb von 50 Jahren Parteizugehörigkeit kein einziger Fall von Zurücksetzung wegen einer jüdischen Herkunft bekannt geworden[33]. Hatte Bernstein jedoch genau hingehört, was von einem Teil – beispielsweise des „David-Kreises“ – hinter vorgehaltener Hand oder gar im Plenarsaal des Reichstages gesprochen oder gerufen wurde? Etwa die Zwischenrufe der SPD-Abgeordneten und führenden Gewerkschaftsfunktionäre Gustav Bauer und Carl Legien?

Unter den insgesamt 12 jüdischen (von 110) Abgeordneten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von 1912 bekannten sich fünf als Juden (Wurm, Haase, Frank, Cohn, Davidsohn) und sieben als Dissidenten (Bernstein, Stadthagen, Gradnauer, Herzfeld, Hoch, Landsberg, Weill). Drei von ihnen, nämlich Georg Davidsohn, Gustav Hoch und Emanuel Wurm, können der breiten radikalen Parteimitte zugerechnet werden. Vier standen, so Ernest Hamburger, „etwas links“ davon – nämlich Oskar Cohn, Hugo Haase, Joseph Herzfeld und Arthur Stadthagen. Sie stießen aber bis 1914 immer wieder zum Parteizentrum, nachdem sie ihren Standpunkt prinzipiell gewahrt hatten. Fünf dagegen waren Reformisten – Eduard Bernstein, Ludwig Frank, Georg Gradnauer, Otto Landsberg und Georges Weill, wobei Frank und Landsberg

32 Vgl. Leuschen-Seppel, Rosemarie, *Sozialdemokratie und Antisemitismus. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871-1914*, Bonn 1978, S. 287 und die dort abgedruckten Beispiele (S. 292-316).

33 Bernstein, Eduard: Juden in der deutschen Sozialdemokratie. In: *Zukunft* (New York), XXVI (1921), S. 152.

nicht bereit waren, sich einer Gruppe zuzuordnen. Max Cohen-Reuß (Emanuel Cohen) begann als Revolutionär, hing später jedoch dem Revisionismus an.[34]

Ganz zweifellos hatte sich vor dem Ersten Weltkrieg innerhalb der deutschen Sozialdemokratie eine internationale, kosmopolitische Strömung durchgesetzt und gegenüber nationalistischen Tendenzen die Oberhand gewonnen. Dennoch lief die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten mit der übrigen Bevölkerung in ein nationalistisches, anfangs auch kriegsbegeistertes Lager über, obwohl es weiterhin einzelne Stimmen gab, die über das Prinzip der Nationalität das Prinzip der Humanität stellten. Unter denen, die diesem Prinzip anhingen, findet sich eine Anzahl Juden. Aufgrund ihrer historischen Erfahrung als Juden hatte ein anderes Prinzip Vorrang vor dem Nationalitätenprinzip – das Prinzip der *Freiheit* (Heinrich Heine meinte einmal, dass seit dem Exodus Freiheit mit hebräischem Akzent gesprochen werde), die verkörperte Negation des Prinzips der Nationalität. Dabei waren gerade Juden patriotisch und national in dem Sinne, dass sie dafür eintraten, den benachteiligten Klassen in Deutschland zu ihrem Recht zu verhelfen. Sie waren in dem Sinne deutsch, dass sie ihr deutsches Vaterland mit ausbauen helfen wollten, um es wohnlich zu machen für alle Unterdrückten. Sie waren patriotisch in ihrer Liebe zu dem Land, in dem sie geboren, in dessen Kultur und Sprache sie erzogen waren: Deutschland bildete, allen Benachteiligungen zum Trotz, den Boden, in dem ihr – jüdisches – Sein wurzelte. Für Sozialdemokraten wie Eduard Bernstein, Oskar Cohn, Georg Davidsohn, Hugo Haase und andere bestand sozusagen ein doppeltes Vaterlandsverständnis. Man lehnte nicht grundsätzlich Deutschland als Nationalstaat ab, jedoch seine auf eigene Benachteiligung und gegen die Arbeiterschaft gerichtete innere Ausgestaltung.

Jüdische Abgeordnete der Sozialdemokratie sind während des Weltkrieges in weit größerer Zahl als nichtjüdische Fraktionsmitglieder von der offiziellen Parteipolitik abgewichen. Fast zwei Drittel lehnten nach und nach die Kriegskredite ab, mehr als die Hälfte trennte sich 1917 von der alten sozialdemokratischen Fraktion und gründete eine neue linke Partei. Fast ein Drittel der neuen, zwanzig Mann starken Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestand aus Juden. Die Gründe dafür, angesichts der militär-politischen Situation die sozialdemokratische

34 Hamburger, Ernest, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands*, Tübingen 1968, S. 520.

Mutterpartei zu verlassen, mögen in vielschichtigen Empfindungen und Faktoren gelegen haben, z. B. in pazifistischer Gesinnung und Anerkennung einer überstaatlichen Solidarität der Menschen und Völker oder in der Abscheu eines durch unendliche Leiden geprägten Volkes vor der Anwendung blutiger Gewalt. Hugo Haase war der tonangebende Sprecher derjenigen, die, ohne die Pflicht zur Landesverteidigung zu verneinen, Imperialismus, Annexionen und völkerrechtswidrige Kriegsführung kompromisslos verurteilten. Sein ethisch-humanitärer Sozialismus, der seinen Widerstand gegen die Kriegspolitik der Regierungen des In- und Auslandes kennzeichnete, sollte das Gewissen und den Verständigungs- und Friedenswillen des deutschen und der anderen Völker aufrütteln.[35]

Will man die pazifistische Haltung jüdischer Sozialisten verstehen, sollte man Eduard Bernsteins Schriften aus der Zeit des Weltkriegs heranziehen. In diesen Jahren verkündete Bernstein erstmals seine Idee von einer bestimmten weltpolitischen und -bürgerlichen Aufgabe der Juden: Er glaubte, dass dem Judentum, falls ihm eine besondere Aufgabe in der Kulturwelt zugesprochen werden könne, die Aufgabe zufalle, sich als „vermittelndes Glied der Nationen“ zu betätigen.

Aus der deutschen Revolution vom November 1918 wurde die Republik von Weimar geboren. Wie immer man auch die Novemberrevolution politisch bewerten mag, sie hat die volle Judenemanzipation endlich auch im sozialen Sinne vollendet. Sie gab deutschen Juden, trotz der bis dahin erreichten Gleichstellung, nunmehr die Möglichkeit, Positionen in Gesellschaft, Geschäftsleben, Universität und Politik entsprechend ihren Fähigkeiten einzunehmen – man könnte mit Peter Gay auch sagen: zu „erobern“[36] – Stellungen, die ihnen bislang verwehrt worden waren. Formal war die Judenemanzipation im November 1918 endgültig abgeschlossen. Dennoch galt für die Juden auch weiterhin: Als Menschengruppe, die nicht von „Natur“ gleichberechtigt war, sondern erst durch gesetzliche Maßnahmen emanzipiert, gleichgestellt werden musste, wurden sie nie voll geachtet. Daran hat sich auch später nichts geändert. Gleichzeitig sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Emanzipation mehr oder weniger bewusst in der politischen Absicht durchgeführt wurde, die „Lösung

35 Vgl. dazu: Ebenda, S. 553 u. 557.

36 Vgl. Gay, Peter, *Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit 1918-1933*, Frankfurt/M. 1987, S. 10.

der Judenfrage“ durch die Auflösung des Judentums herbeizuführen.

Der Graben zwischen den divergierenden Strömungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie um die Kriegs- bzw. Friedensfrage, zwischen Kriegskreditbefürwortern und -gegnern, führte 1916 zum Auseinanderfallen der Fraktion und zunächst zur Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ im Reichstag. Der rechten Fraktionsmehrheit – z. B. dem David-Kreis[37] – war die pazifistische Haltung der Minderheit innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein Dorn im Auge. Die innerparteilichen Attacken gegen die linksoppositionelle Minderheit zielten in erster Linie auf die *jüdischen* Abgeordneten Hugo Haase, Oskar Cohn, Joseph Herzfeld, Arthur Stadthagen, Emanuel Wurm und Eduard Bernstein, wobei die Angriffe mit Verunglimpfungen antisemitischer Provenienz geführt wurden. Unter Bezugnahme auf einschlägige Stellen des Davidschen Kriegstagebuchs bemerkt Werner Jochmann treffend, dass während des Weltkrieges „sogar Sozialdemokraten von der antisemitischen Zeitkrankheit befallen“ worden seien.[38] Mit unverhohlener Offenheit sich antisemitischer Klischees bedienend, vertraute Eduard David, auf eine Fraktionsverhandlung bezugnehmend, am 31. Januar 1915 seinem Kriegstagebuch an, Haase sei ein „unglaublich geriebener Jurist, Rabulist und Regisseur“, während „seine“, will sagen Davids, Leute zum Teil zwar gute Redner, aber „nicht entfernt so gerieben“ wie die andere Seite seien.[39] Oder mit anderen Worten: „Wesensgegensatz zwischen ihm [Ebert – L.H.] und *Haase*: innere Scheu und feinfühlige persönliche Zurückhaltung, im Gegensatz dazu: Chudzpe[!]“.[40]

Vertreter des David-Kreises wie Robert Schmidt forderten offen, mit den jüdisch-radikalen „Doktrinären“, in erster Linie also den Reichstagsabgeordneten Cohn, Hertzfeld, Stadthagen, Wurm und Bernstein[41], die es gewagt hatten,

37 Vgl. dazu den sehr informativen Aufsatz von: Karlludwig Rintelen, Der David-Kreis und die linke Minderheit. Anmerkungen zum Problem des „Handlungsspielraums“ der mehrheits-sozialdemokratischen Führung bis 1918/1919. In: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz* (IWK) 1 (1990), S. 14-34.

38 Jochmann, Werner, Die Ausbreitung des Antisemitismus. In: *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923*. Ein Sammelband. Hrsg. v. Werner E. Mosse, Tübingen 1971, S. 419.

39 *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918*, bearb. v. Susanne Miller, Düsseldorf 1966, (Zit.: 2. – 4. Februar 1915), S. 101.

40 Ebenda, (19. Mai 1915), S. 128.

41 Vgl. dazu: Rintelen, Der David-Kreis, a.a.O., S. 20f. und 29f.

den Burgfrieden in Frage zu stellen, den „Schnitt zu machen“. Eduard David ließ bald alle Hemmungen fallen. Nach erfolgtem „Schnitt“ trug er in sein Tagebuch ein: „Das Geschwür war ganz reif [...]“.[42] Noch unmissverständlicher und deutlicher die beiden Gewerkschaftler Gustav Bauer und Carl Legien, die unverhohlen deklamierten, „mit der *Judenbande* [müsse] Schicht gemacht“ werden, was nicht anders als Wunsch und Aufforderung zu verstehen war, „die *Judenjungen*“ aus der Fraktion auszuschließen. So kam es dann auch: Als die oppositionellen Fraktionsmitglieder eine eigene Fraktionsgemeinschaft gegründet hatten, wurde ihr Parteiwechsel erleichtert mit den Worten quittiert: „Gott sei Dank, dass die Juden raus sind!“[43] David selbst bemühte gar ein bekanntes Wort aus dem Johannes-Evangelium (19,30): „Es ist vollbracht!“[44]

Von allen Linksparteien stellte sich die USPD dem Antisemitismus am konsequentesten entgegen. Mit ihrer Einstellung befand sie sich noch am ehesten in der Tradition sozialdemokratischer Vorstellungen zur „Judenfrage“. Auf ihrem außerordentlichen Parteitag 1919 in Leipzig verabschiedete die Partei eine einstimmig angenommene Resolution gegen die Judenhetze. Darin wurde der Antisemitismus als die „Waffe der monarchistischen Reaktion“ bezeichnet, die darauf abziele, die Solidarität des Proletariats zu zerstören, den Charakter des Klassenkampfs zu verdunkeln und die revolutionären Kräfte zu lähmen. Wörtlich hieß es in der Resolution: „Der Versuch der Konterrevolution, das Gift dieser Hetze in die Betriebe zu tragen und durch Treibereien gegen die eingewanderten jüdischen klassenbewussten Proletarier die internationale Solidarität der revolutionären Arbeiterschaft zu zerstören, wird an dem entschlossenen Widerstand des deutschen revolutionären Proletariats scheitern“[45]. Es war das erste Mal, dass eine deutsche Arbeiterpartei sich verpflichtete, den Kampf gegen die Verfolgungen der ostjüdischen Arbeiter aufzunehmen.[46]

42 *Das Kriegstagebuch des Eduard David*, (24. März 1916), S. 168.

43 Rintelen, Der David-Kreis, a.a.O., S. 20.

44 *Das Kriegstagebuch des Eduard David*, S. 168.

45 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919. In: *Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Bd. 2. 1919-1920, (Reprint), Glashütten/Ts. 1976, S. 49f. und 455.

46 ZK der jüdisch-sozial-demokratischen Arbeiterorganisation Poale Zion in Deutschland. *Mitteilungsblatt*, Berlin, April 1920, CZA, A 140/241.

Die Tatsache, dass es jedoch auch in der USPD antisemitische Unterströmungen gab, bezeugt Gershom Scholem, der seinen Bruder Werner gleich nach Kriegsende – damals noch auf Seiten der USPD stehend – zu einer Versammlung, auf der dieser sprechen sollte, begleitete. Gershom Scholem wurde Ohrenzeuge, wie Zuhörer der Leunawerke bei Halle die Rede seines Bruders kommentierten. „Der Jude [nicht: der Genosse!] redet ja ganz schön", hörte er einen Arbeiter zu seinem Kollegen sagen[47]. Ein krasserer Fall ereignete sich allerdings in einer sozialdemokratischen Volksversammlung: Als der Mehrheitssozialdemokrat Ernst Heilmann 1920 auf einer Parteiveranstaltung in Berlin-Lichtenberg sprechen wollte, wurde er von den anwesenden USPD-Anhängern durch Schreien und Singen am Reden gehindert. Mit dem Ruf „Raus mit dem Juden Itzig!" wurde versucht, Heilmann zum Verlassen des Saales zu zwingen. Die USPD, verrufen als „Partei des jüdischen Umsturzes", bekämpfte somit – in taktischen Einzelfällen – jüdische Gegner mit denselben üblen antisemitischen Pöbeleien wie in anderen Parteien üblich. Nach obigem Zwischenfall stellte die *Jüdische Rundschau* enttäuscht fest, dass der Antisemitismus das verbindende Moment aller deutschen Parteien bleibe[48]. Es war, wie gezeigt wurde, nicht der einzige sozialistische Flirt mit dem Antisemitismus.

In der Weimarer Republik nahm eine größere Anzahl jüdischer Abgeordneter nicht nur Parlamentssitze ein, sondern stand auch in Regierungsverantwortung. Diese Jahre können als Höhepunkt jüdischer Partizipation am politischen Leben Deutschlands angesehen werden. Stellvertretend für viele seien genannt: Kurt Rosenfeld, in den Revolutionsmonaten 1918/19 Leiter des preußischen Justizministeriums, Emanuel Wurm, Chef des Reichsernährungsamtes, Hugo Simon, preußischer Finanzminister, Rudolf Hilferding, der als Reichsfinanzminister die Beendigung der Inflation durch die Schaffung einer neuen Goldwährung vorbereitete. Als Mitglied des Kabinetts Müller nahm Hilferding an den Verhandlungen über die Neuregelung der Reparationsleistungen teil bzw. wirkte er 1929 auf der ersten Haager Konferenz als deutscher Delegierter an der Ausarbeitung des Young-Planes mit. Paul Hertz, Finanzexperte der sozialdemokratischen Partei, verzichtete darauf, die Nachfolge Hilferdings als Reichsfinanzminister im Kabinett Müller anzutreten. Wie Hilferding verließ er 1933 Deutschland. Hilferding wurde von der Vichy-

47 Scholem, Gershom, *Von Berlin nach Jerusalem*, Frankfurt/M. 1977, S. 183.
48 *Jüdische Rundschau*, Nr. 5, 20. Januar 1920.

Regierung an die Gestapo ausgeliefert und 1943 in Buchenwald ermordet. Paul Hertz überlebte und kehrte 1949 aus der Emigration zurück, um als Berater des Berliner Bürgermeisters Ernst Reuter und später als Senator am Wiederaufbau Nachkriegsdeutschlands mitzuwirken.

Von den vielen jüdischen Sozialisten, die während der Weimarer Republik ihre Fähigkeiten und Kräfte für die Emanzipation der Arbeiterklasse einsetzten, seien zwei herausgestellt. Der Internationalist und geistige Erbe Rosa Luxemburgs, Paul Levi, fungierte zwei Jahre als Vorsitzender der KPD. Er lehnte jedoch die Einmischung der Komintern in die Politik der deutschen Kommunisten ab und weigerte sich, zum bloßen Handlanger der sowjetischen Außenpolitik degradiert zu werden. Nach seinem Parteiausschluss trat er wieder der SPD bei, wo er als unbequemer Außenseiter galt. Er kritisierte die diktatorischen Zwangsmaßnahmen Stalins, deren Gefahren für die Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion er schon früh erkannte. Jahrelang bemühte sich Levi um die Aufdeckung der Umstände, die zur Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts geführt hatten. Es gelang ihm, den Untersuchungsrichter Paul Jorns, der die Spuren des Verbrechens vertuscht hatte, vor Gericht zu bringen. Während des Prozesses gegen Jorns stürzte Levi am 9. Februar 1930 unter ungeklärten Umständen aus dem Fenster seiner Wohnung.

Ein anderer prominenter Sozialist, der dem Judentum entstammte, war Ernst Heilmann, der von 1919 bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten Fraktionsvorsitzender der SPD im Preußischen Landtag und von 1928 bis 1933 auch Reichstagsmitglied war. Heilmann erkannte früh die Nazi-Gefahr und bekämpfte die Feinde der Demokratie in Wort und Schrift. Während mehrere führende Sozialdemokraten jüdischer Herkunft bald nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler aus Deutschland emigrierten, blieb Heilmann in Berlin, weil er hoffte, den „Faden der Legalität" weiterspinnen zu können.[49] Kurz nach dem Verbot der SPD wurde er verhaftet, zunächst in das Gefängnis Plötzensee in Berlin, dann in die Konzentrationslager Oranienburg, Papenburg-Börgermoor, Dachau und schließlich Buchenwald geschleppt. Sadistische Mordbuben pferchten ihn dort in eine Hundehütte ein und hetzten dressierte Bluthunde auf ihn, die ihm die Arme zerfleischten. Am 30. April 1940 brachten

49 Grab, Walter, Sozialpropheten und Sündenböcke. Juden in der deutschen Arbeiterbewegung. In: Ders., *Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789-1938*, München 1991, S. 147.

ihn KZ-Schergen mittels einer Injektion um.

Dass die deutsche Arbeiterbewegung den antisemitischen Prozess nicht aufhalten konnte und den Antisemitismus in seiner letzten Konsequenz – den Judenmord – unterschätzte, mag drei Gründe haben: Einmal, dass sie im Vormärz und im Kaiserreich eine antipluralistische Konzeption der „Judenfrage“ übernommen und entwickelt hatte, die die allmähliche Assimilation und damit Integration der Juden in die Gesamtgesellschaft vorsah. Dazu konnte sie sich keine Alternativen vorstellen. Zum anderen, dass sie mit der angestrebten Auflösung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dem Übergang zum Sozialismus, mit dem Prinzip der Gleichheit aller Menschen, auch die Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Minderheit durch den Antisemitismus aufgehoben sah. Und drittens, dass sie sich nicht vorstellen konnte, dass der Antisemitismus in Deutschland jemals offizielle Regierungspolitik werden könnte. So spiegelt August Bebel, als er 1906 den deutschen und russischen Antisemitismus verglich, sicherlich die Meinung der Parteiführung und -basis wider und gleichzeitig das auf Fortschrittsglauben und Rationalität basierende Welt- und Menschenbild der Sozialdemokratie: „Der Antisemitismus, der nach seinem Wesen nur auf die niedrigsten Triebe und Instinkte einer rückständigen Gesellschaftsschicht sich stützen kann, repräsentiert die moralische Verlumpung der ihm anhängenden Schichten. Tröstlich ist, dass er in Deutschland nie Aussicht hat, irgendeinen maßgebenden Einfluss auf das staatliche und soziale Leben auszuüben“.[50] Das waren deutliche, von humanistischen Werten diktierte Worte, doch waren sie, wie wir heute wissen, falsch und sind von der Geschichte widerlegt worden. Da man Geschichte jedoch nicht von ihrem Ende bewerten sollte, kann man sie auch Bebel nicht negativ anlasten.

Die Mitarbeit von Juden in führenden Instanzen der jungen Weimarer Republik war von Anfang an Zielscheibe antisemitischer Agitation im Rahmen der rasch einsetzenden reaktionären Welle. In zahllosen Versammlungen, Zeitungsartikeln und Flugblättern wurde gegen Juden gehetzt, polemisiert und ihnen gedroht, wurden antijüdische Instinkte angestachelt. Die Losung im „deutsch-völkischen Befreiungskampf“, zigtausendfach auf Handzetteln

50 Bebel, August, *Zweiter Nachtrag zu „Antisemitismus und Sozialdemokratie“*, Berlin 1906, S. 38.

verbreitet, lautete: „Nehmt Juden in Schutzhaft, dann herrscht Ruhe im Land! *Juden* hetzen zum Spartakus. *Juden* wiegeln das Volk in den Straßen auf.“ Für den antisemitischen *Schutz- und Trutzbund* war die „Schicksalsfrage des deutschen Volkes“ durch die revolutionären Ereignisse „grell in Erscheinung“ getreten; die „Vorherrschaft des Judentums auf allen Gebieten“ des öffentlichen Lebens wurde als „ungeheure Gefahr“ für den Bestand des deutschen Volkstums angesehen.[51] Im Umlauf waren auch die „Protokolle der Weisen von Zion“, aus denen die Revolution in Deutschland als Teil einer geheimnisvollen jüdischen Weltverschwörung gedeutet wurde.

Vor dem Hintergrund antijüdischer Agitation wurden zahlreiche jüdische Politikerinnen und Politiker Opfer konterrevolutionärer Gewalt: Gustav Landauer, ein Apostel der Gewaltlosigkeit, sowie Kurt Eisner, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Hugo Haase wurden ermordet, ohne dass auch nur in einem einzigen Fall der Mord eine entsprechende Sühne gefunden hätte. Eugen Leviné, St. Petersburger von Geburt, der nach der Novemberrevolution in Deutschland für den *Spartakusbund* im Ruhrgebiet Agitationsarbeit betrieben hatte und danach einer der führenden Funktionäre der bayrischen Räterepublik war, wurde am 4. Juni 1919 in München standrechtlich erschossen. Ernst Toller und Erich Mühsam büßten ihr politisches Engagement mit langen Kerkerjahren.

Politische Morde waren in den chaotischen Monaten zwischen der Novemberrevolution und dem mühseligen Versuch, eine Republik zu schaffen und zu stabilisieren, geradezu an der Tagesordnung. Und die Morde zielten stets in eine Richtung. Von 1919 an wurde der Mord in Deutschland zu einem politischen Kampfmittel, das von der Reaktion insbesondere gegen die geistigen Führer der Linken angewandt wurde. Juden und Sozialisten galten als „Schuldige“. Rathenau beispielsweise, der das eine, nämlich Jude, war, musste nach der Logik der Rechten auch das andere sein. Auch mit der Ermordung prominenter Spartakisten (und gemäßigter Politiker) wollten die Antisemiten den Juden per se treffen. Gerade im Ausland geborene Revolutionäre wie Rosa Luxemburg und Leo Jogiches oder auch Kurt Eisner, der als bayrischer Ministerpräsident mit der Räterepublik in Verbindung gebracht wurde und, obwohl in Berlin geboren, als „galizischer Jude“ galt, dienten als Zielscheibe antisemitischer Schmähungen und Attentate. Karl Radek wurde z. B. zur Spartakusgruppe gerechnet, obwohl

51 Handzettel des Deutschen Schutz-und Trutzbundes 1919, STA DU, Nr. 67, ZGS.

er als illegal in Deutschland weilender Ausländer gar nicht deren Mitglied sein konnte. Dennoch machte in der kurzen Periode der Revolutionszeit das Wort von den „russisch-jüdischen Bolschewisten“ in Deutschland die Runde, und die These von der „Judenrepublik“ fiel auf fruchtbaren Boden.

Die Revolution vom 9. November 1918 und die daraus in Weimar hervorgegangene erste deutsche Republik waren in der Tat unter sichtbarer und maßgeblicher Mitwirkung jüdischer Politiker errichtet worden – beide, die deutschen Juden wie die deutsche Demokratie, haben dafür mit dem Leben bezahlt. Einen deutschen Trotzki hat die Revolution 1918/19 unter den jüdischen Kommunisten ebenso wenig hervorgebracht, wie einen deutschen Lenin unter den nichtjüdischen. Das lag zum einen an der – in Deutschland von den russischen Zuständen abweichenden – politischen Kräfteverteilung bzw. gesellschaftlichen Gliederung, zum anderen an der Mentalität der jüdischen spartakistischen und KPD-Führer. Prinzipielle Verfechter des Terrors hat es unter ihnen nicht gegeben; Rosa Luxemburg oder Paul Levi lehnten trotz ihres ausgeprägten Radikalismus jede totalitäre Organisation ab; ihnen ging auch jeglicher Sinn für Lenins „demokratischen Zentralismus“ ab.

Es ist andererseits eine Tatsache, dass in der Revolution und durch die revolutionären Errungenschaften Juden in allen politischen und gesellschaftlichen Körperschaften eine partizipierende Rolle spielen konnten, eine Rolle, die sehr bald gestutzt wurde. Das lag daran, dass die Demokratie von Weimar sich bei aller antirevolutionären Entwicklung, die sie recht bald einschlug, nie gänzlich von ihren anfänglichen Zielen lösen konnte oder wollte. Sie bot der reaktionär-antisemitischen Propaganda damit eine nicht unbeträchtliche Angriffsfläche. Von demokratischer Seite ist von jeher unterschätzt worden, wie bodenständig antisemitische Gefühle und Traditionen in Deutschland verankert waren und sind; ihre Ursprünge reichen weit ins 19. Jahrhundert – und darüber hinaus – zurück.

Es war offensichtlich, dass in der Provokationsstrategie der völkischen Aktivisten Weimars republikanischer Elite im Geheimen der Krieg erklärt wurde und es vorgesehen war, führende Politiker des Landes von der Mitte bis zur Linken weit über Rathenau hinaus auszuschalten. Es existierte ein regelrechtes Spreng-Mordkommando, das sich zum Ziel gesetzt hatte, etwa zwölf Juden zu beseitigen, die in der Phantasie der Antisemiten behauptet hätten, dass 300 Juden die ganze Welt beherrschen könnten. Die Obsession einer jüdischen Weltverschwörung!

Und zu deren Zielpersonen schien ihnen Oskar Cohn zu gehören.

Die an Deutlichkeit und Entschlossenheit nichts offen lassende Logik der terroristischen Strategie liest sich folgendermaßen: „Wir dürfen nicht zuerst losschlagen. Die Kommunisten müssen es tun! [...] Man muss sie dazu zwingen! [...] Man muss Scheidemann, Rathenau, [...] Cohn, Ebert und die ganzen Novembermänner hintereinander killen. Dann wollen wir doch mal sehen, ob sie nicht hochgehen in Korona, die rote Armee, die U.S.P., die K.P.D.“[52] Politischer Mord besaß für die Nationalisten somit eine taktische Funktion, oder anders ausgedrückt, eine machiavellische Utopie: Durch Rathenaus Tod die Kommunisten zum Losschlagen zu bewegen, um im Gegenschlag die Macht an sich zu reißen und die Diktatur zu errichten!

Aus all dem lässt sich – bei aller einschränkenden Vorsicht – der Schluss ziehen, dass bei den Morden in dieser Phase nicht allein der reine Rassenantisemitismus die „Auswahl“ der Opfer bestimmte, auch wenn das antisemitische Motiv weder zufällig war noch außer Acht gelassen werden darf. Neben Rosa Luxemburg steht der Nichtjude, gleichwohl als „Judengenosse“ geschmähte Karl Liebknecht, neben Walther Rathenau der Nichtjude Matthias Erzberger. Auffällig ist indes, dass von den jüdischen Führern der Mehrheitssozialdemokratie niemand das Objekt eines Attentatsversuchs geworden ist. Die Versäumnisse der mehrheitssozialistischen verantwortlichen Politiker in den Novembertagen, die Revolution vorwärts zu treiben, begünstigte die Wende von der Revolution zur Konterrevolution, wenn sie diese nicht gar förderte. Zu ihrem Vollstrecker avancierte Gustav Noske, der nach dem Austritt der USPD-Volksbeauftragten in die Regierung eintrat – eine der furchtbarsten Gestalten, die die deutsche Sozialdemokratie hervorgebracht hat.

Auf das Konto der von Noske zu verantwortenden Gewaltorgie gehen die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar 1919, gehen die blutigen Pazifizierungsfeldzüge der Freikorps gegen Bremen, München und Berlin. Standrechtliche Erschießungen und feige Meuchelmorde an wehrlosen Gefangenen waren an der Tagesordnung. Politiker der USPD und der Kommunisten galten als vogelfrei. Der Pogromstimmung fiel im Herbst 1919 der USPD-Vorsitzende Hugo Haase zum Opfer. Vielleicht war es wirklich nur

52 Heinz, Friedrich Wilhelm, *Sprengstoff*, Berlin 1930, S. 76. Vgl. dazu auch: Sabrow, Martin, *Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution*, Frankfurt/M. 1999, S. 183-188.

ein Zufall, dass Oskar Cohn nicht dasselbe Schicksal zuteil und er nicht „auf der Flucht erschossen“ wurde, wie die damals übliche Formel für politische Morde lautete. Die Erbitterung über den Terror der Noske-Soldateska führte im Laufe des Jahres 1919 zu einer regelrechten „Massenflucht“ von der SPD zur USPD und in dieser zu einem Aufschwung des linken Parteiflügels.

In dem aufgeputschten radikalen Klima gelang es den rechtsextremen Organisationen mit ihren planmäßigen Kampagnen, den ersten demokratischen deutschen Staat als „Judenrepublik“ verächtlich zu machen und permanent zu attackieren. Dabei war der Antisemitismus der Weimarer Jahre in seiner Bedeutung ungleich größer als in den Zeiten des Kaiserreichs und hatte für die gesamte Rechte instrumentalen Charakter. Er diente als Sozialismusersatz, um die Arbeiterschaft anzusprechen, und gleichzeitig als wirkungsvolles Mittel antirepublikanischer und antidemokratischer Agitation. Gleichfalls mussten Juden für die Weltkriegsniederlage sowie die „Schmach“ des Versailler Friedensvertrages herhalten. Der rechtsnationale Schutz- und Trutzbund forderte in einem Aufruf die Einsetzung eines „Deutschen Volksgerichts“ zur Aburteilung der Personen, auf die der Bund die Verantwortung für den verlorenen Krieg abzuwälzen suchte. Dabei richtete sich der Hass vor allem gegen Männer, die sich gegen die Hybris aufgelehnt und vor einer maßlosen Politik gewarnt hatten. Im Einzelnen wurden in diesem Aufruf öffentlich „angeklagt“: Rudolf Mosse, Theodor Wolff, Maximilian Harden, Max M. Warburg, Karl Kautsky, Bernhard Dernburg, Walther Rathenau, Felix Cassierer, die *Frankfurter Zeitung*, Eduard Bernstein, Magnus Hischfeld – und Oskar Cohn.[53] Bis auf Kautsky, der allerdings als Jude „galt“, waren alle genannten „Angeklagten“ jüdischer Herkunft; die *Frankfurter Zeitung* war in völkischen Kreisen gemeinhin ein „jüdisches“ Blatt. Mag sein, dass Cohns kompromissloser Rücktritt von der parlamentarischen Bühne ihn vor einem politischen Anschlag bewahrte.

Die Völkischen durften unter dem rechtstaatlichen Schutz der Republik – ungestraft – behaupten, nur durch Verrat sei Deutschland der „Endsieg“ entrissen worden. Bezahlte Verräter seien die Führer der Frieden suchenden Parteien gewesen: Sozialisten, Demokraten, Zentrumsleute – alle im Solde der internationalen Juden-Kapitalisten. Die vermeintliche Folge ihres Triumphes? Der Versailler Vertrag nebst materieller Belastungen und politisch-moralischer Demütigungen; die verhasste Staatsform der Demokratie, kurz: die Republik

53. Vgl. dazu: Jochmann, Werner, Die Ausbreitung des Antisemitismus, a.a.O., S. 464.

von Weimar.

Wie bereits ausgeführt, wollten die Antisemiten mit der Ermordung prominenter Sozialisten, Spartakisten oder Anarchisten den Juden überhaupt treffen. In der eigentlichen Revolutionsepoche lag die tatsächliche politische Macht bei den Arbeiter- und Soldatenräten und dem Rat der Volksbeauftragten. In beiden Gremien waren Juden vertreten. Im Rat der Volksbeauftragten, der aus je drei Vertretern der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen Sozialdemokraten bestand, waren zwei Mitglieder Juden: Der Mehrheitssozialist Otto Landsberg und der Unabhängige Hugo Haase. Viele der Opfer rechtsradikaler und völkischer Fanatiker waren – wie bereits dargestellt – Sozialisten, Revolutionäre – und Juden. Sie vereinigten in den Augen ihrer völkischen Gegner alles, was sie im Wortsinn zur Zielscheibe eines politisch-antisemitisch motivierten Attentats machen musste. Das Vorurteil lag in der „jüdisch-politischen“ Konstellation: Der linke Jude, der weder als Linker noch als Jude der deutsch-völkischen Weltanschauung entsprach, konnte nicht wahrhaft *deutsch* sein.

Haltung der Kommunisten zum Antisemitismus

Die Kommunisten, nie auf eine jüdische Wählerschaft angewiesen, sahen, nicht weit entfernt vom sozialdemokratischen Standpunkt, im Antisemitismus einen Auswuchs des kapitalistischen Systems, der mit dem Sieg des Sozialismus verschwinden würde. Daher bekämpfte die KPD den Antisemitismus nicht vorbehaltlos, ja ignorierte sie nicht selten antisemitische Angriffe gegenüber (intellektuellen) Parteigenossen und neigte sie insbesondere in den späten Weimarer Jahren dazu, den Antisemitismus zu verharmlosen und „antisemitische Unterströmungen“ zu dulden bzw. sich dieser sogar zu bedienen.[54] Von den rund 143.000 Mitgliedern der KPD im Jahre 1927 waren etwa 1.000 (= 0,7%) Juden. Indes war der Anteil der Juden am Funktionärskorps der Partei vielfach größer: er betrug in den Jahren 1924 bis 1929 etwa zehn Prozent. Zum Führungskreis der KPD gehörten Juden wie Paul Levi, Rosi Wolfstein, Iwan Katz, Werner Scholem, Ruth Fischer und August Thalheimer.

Als Reaktion auf den wachsenden Antisemitismus versuchte die KPD, rein taktisch begründet, ihre jüdischen Mitglieder aus repräsentativen Positionen mehr und mehr auszuschalten. Das ist aus dem fallenden Anteil der Juden in

54 Vgl. Silberner, *Kommunisten zur Judenfrage*, S. 267, 271 und 274. Zit. S. 274.

den kommunistischen Parlamentsfraktionen zu ersehen. Im Reichstag waren im Mai 1924 von den 62 kommunistischen Mitgliedern sechs Juden, in späteren Jahren waren es nur noch ein bis drei; in der letzten Legislaturperiode war unter 100 Kommunisten kein einziger Jude. Auch im Preußischen Landtag gab es stets mehrere Juden unter den kommunistischen Abgeordneten; zuletzt war jedoch die kommunistische Landtagsfraktion „judenrein".

Was die Haltung der beiden großen deutschen Arbeiterparteien am Ende der Weimarer Jahre betrifft, so lässt sich zwar feststellen, dass Sozialdemokraten und Kommunisten gleichermaßen die Rassenparolen der Nazis bekämpften, gleichwohl jedoch deren Gefährlichkeit und Stoßkraft unterschätzten. Sie erfassten in ihrem Vertrauen auf Argumente der Vernunft nur unzulänglich die Dynamik des Antisemitismus. Zudem waren sie mit ihrem internen ideologischen Streit derart beschäftigt, dass sie der „Judenfrage" geringere Aufmerksamkeit schenkten. Grundsätzlich muss deshalb eingeschätzt werden, und das gilt für beide Linksparteien in der Zeit der Weimarer Republik, dass es weder für Sozialdemokraten noch für Kommunisten eine spezielle „Judenfrage" gab. Sozialdemokraten sahen ihre zentrale Aufgabe darin, Demokratie und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen; Kommunisten darin, den Sozialismus bzw. die Diktatur des Proletariats zu erkämpfen. Durch beide Endziele – so dachte man – würden zugleich die Probleme der Juden gelöst werden.

Nicht nur die KPD, auch die SPD – auf antisemitische Trends achtend und auf Wählerstimmen schielend – unterdrückte jüdische Themen und stand prononciert auftretenden „jüdischen" Kandidaten zurückhaltend bis ablehnend gegenüber. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten widersetzten sich zwar dem „Ermächtigungsgesetz" und damit der Abschaffung des Rechtsstaats, doch die Haltung der Partei war widersprüchlich: In der „Judenfrage" war die SPD zu Kompromissen geneigt. Am 19. Juni 1933 fand in Berlin eine Sitzung der in Deutschland verbliebenen und noch nicht verhafteten Mitglieder des Parteivorstands statt. Die „Reichskonferenz" beschloss, sich von den nach Paris (Cohn) und Prag geflüchteten Parteigenossen zu distanzieren und die „Angriffe von Emigranten auf das neue Deutschland" zurückzuweisen, wie es in Übernahme des Nazijargons formuliert wurde.[55] In der Haltung zu den Juden kam somit, wie der emigrierte jüdische Sozialdemokrat Fritz Naphtali

55 Vgl. Schulze, Hagen (Hrsg.), *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33*, Bonn 1974, S. 197, Anm. 11.

zutreffend feststellte, „die Assimilation an Hitler in der Partei sehr scharf zum Ausdruck".[56] Die Nazis dachten dennoch nicht daran, diese Anbiederung des neu gewählten „arischen" Parteivorstands zu honorieren. Drei Tage später verboten sie die SPD.

Es bestand, so hat Walter Grab das Scheitern der Juden in den deutschen Linksparteien beschrieben, ein immanenter Zusammenhang zwischen der *politischen* Liquidierung der Arbeiterbewegung im Jahre 1933 und der *physischen* Liquidierung der Juden wenige Jahre später. Am Ende der Weimarer Republik erwies sich die gespaltene Arbeiterbewegung als unfähig, den Nazis und ihren Helfershelfern den Weg zur Macht zu verstellen. Für die Juden bedeutete das eine Katastrophe: Sie wurden Opfer des Scheiterns der Demokratie in Deutschland.

Zusammenfassung

Abschließend seien bezüglich Revolution und Sozialismus von den allgemeinen Zielen der Juden in den Linksparteien einige nochmals hervorgehoben: das Niederreißen sozialer Schranken, die erhoffte Verbrüderung der Nationen und der Völker. Den jüdischen Sozialisten war dabei ein starker kosmopolitischer Zug zu Eigen. Zwar erstrebten auch sie zunächst die demokratisch-sozialistische deutsche Republik, zugleich setzten sie ihre Hoffnungen jedoch auf ein sozialistisches Europa bzw. betrachteten sie sich als Protagonisten einer neuen, besseren Welt, einer Welt des Friedens, der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung. Dieses Bekenntnis zur Utopie einer auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit basierenden Zukunft war besonders ausgeprägt bei jüdischen Politikern der gemäßigten USPD-Richtung. Alle – Haase, Bernstein, Cohn, Rosenfeld, Eisner und andere – wollten sie die Gesellschaftsform verändern; Blutvergießen jedoch war keinesfalls ihr Ziel. Im Kaiserreich aufgewachsen und der Umwelt weitgehend entfremdet, empfanden sie als Juden und Intellektuelle die Zurücksetzungen, denen sie ausgesetzt waren, besonders stark. Schließlich fanden sie in der Bewegung der vom kaiserlichen Obrigkeitsstaat gleichfalls als Bürger zweiter Klasse behandelten und politisch und sozial isolierten deutschen Arbeiterschaft eine politische Heimat. Für die Verwirklichung der

56 Vgl. Riemer, Jehuda, Nach dem Zusammenbruch. Fritz Naphtali im Briefwechsel 1933-34. In: *International Review of Social History*, Vol. 27, 1982, S. 324-356. Das Zitat ist Naphtalis Brief an Paul Hertz vom 14. Juli 1933 entnommen. Ebenda, S. 335.

sozialistischen Ideen waren sie Politiker geworden, nahmen sie 1918/19 an der Revolution teil und beteiligten sie sich als Vertreter ihrer jeweiligen Parteien an der Regierungsarbeit.

Bei allen Unterschieden – für die in Rede stehenden Juden sollte Deutschland ein sozialistischer Staat werden. Während diejenigen unter ihnen, die sich zum Kommunismus bekannten, gleich ihren nichtjüdischen Genossen die Bedeutung von Vaterländern bagatellisierten, brüstete sich ein Mann wie Haase zwar nie mit Patriotismus, war aber als Volksbeauftragter entschieden darauf bedacht, außenpolitisch die Sicherheit und Integrität des Reiches zu wahren. Das war gleichermaßen die Einstellung von Haases Parteigenossen Wurm, Bernstein und Cohn.

Und es existierte noch ein anderes Moment, das den meisten der genannten Personen bei aller sonstigen Verschiedenartigkeit gemein war: Sie waren einsame Menschen in der großen Politik. Fast alle waren sie Außenseiter, nicht nur als Juden, sondern auch als Intellektuelle. In welchem politischen Lager sie auch standen, sie waren sich nicht immer gewiss, von ihren jeweiligen Parteigenossen vollauf zu den Ihrigen gezählt zu werden, zumal selbst in den jeweiligen Führungskreisen gelegentlich antisemitische Töne anklangen – bei Sozialdemokraten ebenso wie bei Kommunisten. Hugo Haase, Eduard Bernstein, Oskar Cohn und Rosa Luxemburg nenne ich pars pro toto.

Das Zukunftsbild der jüdischen Sozialisten war auf Ideale gerichtet, die sie durch ihre Aktion zu verwirklichen hofften. Sie waren in erster Linie Gesinnungspolitiker – Demokraten, Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten -, die ihre jüdische Herkunft, wenn überhaupt, als Privatsache empfanden. Antisemitismus allein war für sie kein Beweggrund, von der Verfolgung ihrer politischen Ziele abzusehen. In ihren Augen war mit der Novemberrevolution 1918 ein neues Zeitalter angebrochen.

Auf einer Ideologielinie, deren markante Schnittpunkte gekennzeichnet sind mit den Ismen Internationalismus, Sozialismus, Zionismus und Antisemitismus, bestand – zumindest aus jüdischer Sicht – letztlich ein bedauerliches Missverständnis, das sich nie ganz auflöste. Juden waren nur unter Aufgabe ihrer jüdischen Identität geduldete, nie jedoch, oder allenfalls selten, voll akzeptierte Genossen. Chawerim blieben sie nur unter sich. Deutsche Sozialisten und deutsche Juden – eine Zusammenarbeit ohne Übereinstimmung.

Annelies Laschitza

Rosa Luxemburg – mit Leidenschaft und Vision für eine bessere Welt

Rosa Luxemburg gehört zu den interessantesten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Ihr facettenreiches und widersprüchliches Leben und Werk fordern immer wieder zu neuen Disputen heraus. Als besonders anregend erweisen sich ihre Ansichten zu Reform und Revolution, Demokratie und Diktatur sowie zu Kapitalismus und Sozialismus. Zu entdecken sind nach wie vor aktuelle Gedanken über Nationalismus, den Kampf gegen politische Willkür und soziale Ungerechtigkeit, über Gewerkschaftsarbeit, kommunale Interessenvertretung, parlamentarische und außerparlamentarische Opposition. Ihr unbedingtes, allerdings mehrfach enttäuschtes Vertrauen in die Lern- und Politikfähigkeit der Massen und Parteien ist ebenso diskussionswürdig wie ihre prophetische Warnung vor dem Wandel und der Entartung sozialer und nationaler Befreiungsbewegungen. Ihr konsequentes Auftreten gegen Militarismus, Chauvinismus und Krieg ist unbestritten. Ihr Ideal war eine sozialistische Gesellschaft, die vom Volk mitgestaltet wird, auf uneingeschränkter Freiheit und Demokratie basiert, einen dauerhaften Frieden garantiert, weltweit völkerverbindend wirkt und die natürliche Umwelt vor Zerstörung bewahrt.

Klein, dunkelhaarig, eher unauffällig, faszinierte Rosa Luxemburg durch sprechende Augen, durch Charme, Temperament, polemische Publizistik und durch aufwühlende Rhetorik. Sie sprühte vor Ideen, war außergewöhnlich gebildet, vielseitig talentiert und – ehrgeizig. Sie behauptete sich als emanzipierte Frau, ohne an Weiblichkeit zu verlieren und ohne in Situationen der Ohnmacht und persönlicher Niederlagen zu zerbrechen.

Rosa Luxemburg ist am 5. März 1871 in Zamość, Gouvernement Lublin, im vom zaristischen Russland besetzten Polen geboren. Ab 1873 verbrachte sie ihre Kindheit und Jugend in Warschau und ab 1889 die Studentenzeit in Zürich, Genf und Paris. Sie lebte rund zwanzig Jahre in Deutschland, die längste Zeit davon in Berlin. Ihre Wege führten sie nach Amsterdam, Basel, Brüssel, Kopenhagen, London; wiederholt war sie in Paris und Zürich; kurzzeitig hielt sie sich illegal in Warschau, Petersburg und Kuokkala auf. Sie erholte sich in der Schweiz und in Italien. Sie interessierten Lebensräume von Menschen in Afrika, und sie träumte von Reisen in den Kaukasus, nach Buchara und Samarkand. Über Ägypten und Indien, über den Vorderen Orient, über Regionen in Amerika, Asien und Australien schrieb sie in ihren Büchern und Artikeln, als wäre sie dort gewesen.

Rosa Luxemburg fühlte sich in der ganzen Welt zu Hause, und sie wollte die Welt verändern. „Mein Ideal ist eine solche Gesellschaftsordnung“, schrieb sie als etwa Siebzehnjährige einer Schulfreundin, „in der es mir vergönnt sein wird, alle zu lieben. Im Streben danach und im Namen dieses Ideals werde ich vielleicht einmal imstande sein zu hassen. Du wirst das nie können und bist ganz umsonst zu früh zur Welt gekommen.“[1] Sie gelobte: „Vor allem muss man jederzeit als voller Mensch leben“[2]. Darunter verstand sie schon sehr früh, sich als Jüdin nicht einzuigeln und sich nicht vor dem Weltgeschehen zu verschließen. „Was willst Du mit den speziellen Judenschmerzen?“, fragte sie am 16. Februar 1917 ihre Freundin Mathilde Wurm. „Mir sind die armen Opfer der Gummiplantagen in Putumayo, die Neger in Afrika, mit deren Körper die Europäer Fangball spielen, ebenso nahe.“ Sie habe „keinen Sonderwinkel im Herzen für das Ghetto“.[3]

Die Wurzeln ihrer Weltoffenheit und Konsequenz, mit der sie sich in der internationalen sozialistischen Emanzipationsbewegung assimilierte, lagen in ihrer familiären Herkunft. Ihr starkes Empfinden für Ungerechtigkeiten jedweder Art und ihr früher Entschluss, gegen die Ursachen von Not und Elend, von Unterdrückung und Demütigung, von Zwietracht und Hass aufzustehen, basierten auf dem Erziehungs- und Gefühlsreichtum in der unorthodoxen Atmosphäre ihres Elternhauses. Zusammen mit ihrer Schwester und drei

1 Zit. nach Kochański, Aleksander, *Róża Luksemburg*, Warschau 1976, S. 15 ff.
2 Rosa Luxemburg an Mathilde Wurm, 16. Februar 1917. In: Luxemburg, Rosa, *Gesammelte Briefe* (GB), Bd. 5, Berlin 1984, S. 177.
3 Ebenda.

Brüdern genoss Rosa Luxemburg die Vorzüge ihrer gebildeten Eltern, die sich der jüdischen Aufklärung, der *Haskala*, verbunden fühlten. Der Vater, Eliasch Luksenburg, ein Kaufmann mit Handelshochschulabschluss, verstand sich als Pole mosaischen Glaubens. Es gilt als sicher, dass Eliasch Luksenburg seine Kinder lehrte, „dass die Barrieren zwischen Polen und Juden aufgehoben werden sollten, dass die Kultur der Familie Luksenburg die polnische Kultur sei, dass die westeuropäischen Bräuche kultivierter seien als die des osteuropäischen Judentums [...] und dass die Juden eine religiöse Gruppe seien und nicht eine Nation oder Nationalität.“[4] Er sorgte in der Familie für aufrichtige Erziehung und vielseitige Bildung, obwohl er dafür keine günstigen materiellen Voraussetzungen besaß. Mit Geld musste immer sparsam umgegangen werden.

Für die Prägung sympathischer Charakterzüge bei Rosa und ihren Geschwistern sorgte nicht minder das gutmütige und feinsinnige Wesen der Mutter Lina, geb. Löwenstein. Durch ihre Vorliebe für schöne Literatur trug sie entscheidend zum lesefreundlichen Familienklima bei. „Meine Mutter, die nebst Schiller die Bibel für der höchsten Weisheit Quell hielt, glaubte steif und fest, dass König Salomo die Sprache der Vögel verstand.“ Sie habe damals die mütterliche Naivität belächelt. „Jetzt bin ich selbst wie König Salomo: Ich verstehe auch die Sprache der Vögel und aller Tiere.“[5]

Der Bruder der Mutter war seit 1862 Prediger einer nichtorthodoxen Gemeinde in Lemberg. Auch die Mutter sympathisierte mit den Ideen der aufgeklärten jüdischen Bewegung. Sie war aber streng religiös, gestaltete die jüdischen Feiertage aus und achtete auf die Pflege jüdischer Traditionen und Bräuche. Sie sprach und schrieb Jiddisch. Rosa Luxemburg hatte dazu ein distanziertes Verhältnis. Sie begeisterte sich für die polnische Sprache und Literatur. Den *Pan Tadeusz* von Adam Mickiewicz konnte sie bereits als Kind auswendig.

In der Familie wurde vorwiegend polnisch gesprochen, deutsch verstanden und deutsche Literatur gelesen. Es bestand großes Interesse an anderen Sprachen, Religionen und Kulturen, die sich gegenseitig respektieren und vor Fanatismus und Orthodoxie bewahren sollten. Jedes Kind durfte seinen Neigungen nachgehen und seine Fähigkeiten entfalten. Neben ausgezeichneten

4 Zit. nach Jacobs, Jack, Vom Vater geprägt: Rosa Luxemburg, die polnischen *Maskilim* und die Ursprünge ihrer Ansichten. In: *Sozialisten und die „jüdische Frage“ nach Marx*, Mainz 1994, S. 76.
5 Rosa Luxemburg an Sophie Liebknecht, 23. Mai 1917. In: GB, Bd. 5, S. 243 f.

Leistungen in allen gymnasialen Unterrichtsfächern legte Rosa Luxemburg bereits bis zum Abitur den soliden Grund für die Beherrschung der polnischen, russischen, deutschen, französischen und englischen Sprache, mit denen sie zeitlebens brillieren konnte. Auch las sie erste sozialistische Broschüren und lernte Mitglieder illegaler Zirkel kennen. Ängstlich und erschüttert erlebte sie Weihnachten 1881 einen Pogrom, der tagelang im Warschauer Ghetto grausam wütete. Tausende Familien erlitten Verluste und trauerten um ihre Toten. Auch die angrenzende Złotastraße, in der die Luxemburgs wohnten, wurde von einer schreienden und plündernden Horde heimgesucht.

Erst 1917 schöpfte Rosa Luxemburg die Hoffnung, dass in Russland durch die Revolution die Zeit der entsetzlichen Pogrome gegen Juden vorbei sei. In einem Brief vom 24. Dezember 1917 tröstete sie ihre jüdische Freundin Sophie Liebknecht, die um ihre Mutter und Geschwister in Rostow am Don bangte: In Russland sei die Zeit der Pogrome ein für allemal vorbei. Eher könne sie sich in Deutschland noch Judenpogrome vorstellen. „Jedenfalls herrscht die dazu passende Atmosphäre der Niedertracht, Feigheit, Reaktion und des Stumpfsinns.“[6] Man dürfe sich nicht aus Ungewissheit bzw. aus Angst und Unruhe verzehren. Der Zauberschlüssel dafür sei, „immer und in allen Lagen das Schöne und Freudige des Lebens wahrzunehmen“[7]. „Wer innerlich wirklich reich und frei ist, kann sich doch jederzeit natürlich geben und von seiner Leidenschaft mit fortreißen lassen, ohne sich untreu zu werden.“[8] Durch ihre Art, stets heiter und lebensbejahend zu sein, vermochte sie über ihre fabelhaften Briefe, anderen Menschen und auch sich selbst zu helfen.

Mit 18 Jahren und einem ausgezeichneten Abitur in der Hand verließ Rosa Luxemburg im Jahre 1889 Warschau. Wie ihre Brüder wollte auch sie als Tochter das Recht auf Hochschulbildung haben und über ihr Leben als Frau eigenständig bestimmen können. Dieses Verlangen setzte sie rigoros durch. Sie entschied sich für die Schweiz. Den Weg dorthin soll sie sich auf ziemlich mysteriöse Art gebahnt haben.[9] An der Universität Zürich schrieb sie sich noch 1889 in die Matrikel ein. Unverzüglich suchte sie auch den Kontakt zu in der Schweiz lebenden Revolutionären der polnischen und russischen Bewegung. Es dauerte

6 GB, Bd. 5, S. 346 f.
7 Ebenda, S. 348.
8 Rosa Luxemburg an Hans Diefenbach, 30. März 1917. In: GB, Bd. 5, S. 196.
9 Siehe Frölich, Paul, *Rosa Luxemburg, Gedanke und Tat*, Berlin 1990, S. 29.

nicht lange, bis sie sich gegen den Nationalismus unter den Polen aufbäumte. Die Forderung nach Wiedergeburt eines polnischen Nationalstaates stehe nicht an oberster Stelle für Sozialisten, sondern müsse dem internationalen Kampf gegen den Kapitalismus untergeordnet werden. In diesem Sinne engagierte sie sich leidenschaftlich in der von ihr mitbegründeten Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen. Obendrein schwelgte sie im Liebesglück mit dem Kampfgefährten Leo Jogiches aus Vilnius, der wie sie jüdischer Herkunft war und in Zürich ebenfalls mit dem Studium begonnen hatte.

Rosa Luxemburg studierte Nationalökonomie, Philosophie, Geschichte, Staats- und Verwaltungsrecht und promovierte 1897 mit Bravour. Sie jubilierte: „Eine interessante Kuriosität: Ich habe eine s o z i a l i s t i s c h e Dissertation verfasst und sie wurde mit großem Lob von Professor *Julius Wolf* angenommen! Das gibt ein Gaudium!“[10] Postwendend traf sie neue Entscheidungen, ohne mit einem freudigen Einverständnis von Leo Jogiches rechnen zu können. Durch eine Scheinehe mit Gustav Lübeck erwarb sie die preußische Staatsbürgerschaft. Damit übersiedelte sie 1898 nach Deutschland. Hier wollte sie in der einflussreichen deutschen Sozialdemokratie vor allem auf journalistischem und theoretischem Gebiet tätig werden. Mit viel Enthusiasmus und beeindruckendem Können erkämpfte sie sich sehr bald einen beachtlichen Platz auf dem linken Flügel der Partei. Sie bekannte offen, gegen den Kapitalismus, den Militarismus und die aufkommende „Weltpolitik“ kämpfen und nicht kompromisseln zu wollen. Prompt schlugen ihr ausländerfeindliche und antisemitische Schmähungen entgegen. „Schweigende Verachtung ist alles, was ich dafür habe“, schrieb sie. „Und zwar – abgesehen von persönlichem Stolz – aus der einfachen politischen Rücksicht, dass alle diese persönlichen Beschimpfungen lediglich Manöver sind, um von der politischen Streitsache abzulenken.“[11]

Die Eltern und Geschwister, ganz besonders rührend der Vater, freuten sich über die erstaunliche Entwicklung Rosa Luxemburgs, sorgten sich jedoch sehr um ihre Tochter in der Ferne. Rosa Luxemburg war allerdings so von ihrem Wirken für eine bessere Welt eingenommen, dass sie den brieflichen Kontakt zu den Eltern vernachlässigte. Der Vater schalt darüber bitterlich. Ohne dass sie

10 Postkarte Rosa Luxemburgs an Boris N. Kritschewski, o. D. In: GB, Bd. 6, hrsg. v. Annelies Laschitza, Berlin 1993, S. 36.
11 Rosa Luxemburg an Konrad Haenisch, [nach dem 12. Dezember 1911]. In: GB, Bd. 4, 3. überarb. Aufl., Berlin 2001 S. 142 f.

sich gründlich genug entschuldigen konnte, verstarben die Eltern, die Mutter 1897 und der Vater 1900. Ein persönlicher Abschied blieb der politischen Emigrantin versagt. Der Verlust und Schmerz brannten ewig auf ihrer Seele. In Erinnerung an 1897, als sie mit Leo Jogiches schöne Tage am Vierwaldstätter See verbrachte, während die Mutter in Warschau verstarb, verfluchte sie später die „ganze *gottverdammte Politik*". „Würde ich doch an Gott glauben, dann wäre ich überzeugt, dass uns Gott für diese *Qual* schwer strafen wird."[12]

Die Nachricht vom Tode des Vaters fand Rosa Luxemburg nach Rückkehr vom Internationalen Sozialistenkongress in Paris 1900 vor, auf dem sie das Hauptreferat über den Völkerfrieden, den Militarismus und die stehenden Heere gehalten hatte. Es brauchte lange Zeit, bis sie ihr seelisches Gleichgewicht wiederfand. Noch Jahre später machte sie sich bittere Vorwürfe „für jede Stunde, die man den alten Leuten entzogen hatte [...]. Ich musste ja ständig der Menschheit dringende Geschäfte besorgen und die Welt beglücken."[13] Die als polnische Jüdin in den USA lebende Biografin Elżbieta Ettinger charakterisiert Rosa Luxemburg treffend: „Sie lebte und liebte, war überschwänglich glücklich und unendlich unglücklich, aber immer war sie lebendig. Widerstreitende Gefühle zerrissen sie, einmal war sie entschlossen, die Bürde ihres jüdischen Ursprungs abzuschütteln, ein andermal war sie voller Zweifel und Schuldgefühle. Sie wollte gut sein zu ihren Eltern, aber deren rührende Liebe und Bewunderung störten und irritierten sie. Sie wollte gut sein zu ihren Liebhabern, aber sie war besitzergreifend und eifersüchtig. Sie wollte die Revolution, aber sie verabscheute Blutvergießen. Doch sie erduldete die Widersprüche ihres Wesens und ihrer Anschauungen tapfer. Ihr Geist schweifte weit über die Gegenwart hinaus, während ihre persönlichen Bedürfnisse und Ansichten der Tradition verhaftet blieben. Sie war eine Frau von ungestümer Leidenschaft, was ihr privates wie ihr politisches Leben schwierig machte. Dennoch verlor sie in keinem der beiden Bereiche jemals die Hoffnung."[14]

Im Jahre 1910 richteten sich in Polen die antisemitischen Hasstiraden wieder einmal so heftig und so persönlich gegen Rosa Luxemburg, dass sie fast die Fassung

12 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, [20. Oktober 1905]. In: GB, Bd. 2, korr. u. ergänzte Aufl., Berlin 1999, S. 209.
13 Rosa Luxemburg an Hans Diefenbach, 27. August 1917. In: GB, Bd. 5, S. 297.
14 Ettinger, Elżbieta, *Rosa Luxemburg. Ein Leben*. Aus dem Amerikanischen von Barbara Bortfeldt, Bonn 1990, S. 12.

verlor. Wie sollte sie auch ertragen können, wenn ihr Hüftleiden als Beispiel jüdischer Degeneration, ihre Vorfahren als deklassierte Branntweinhändler verunglimpft und sie selbst als hysterisch lügende Polenfeindin verleumdet wurden. Die Hetze richtete sich gegen das von Leo Jogiches herausgegebene marxistische Wochenblatt *Młot* (Der Hammer) und die darin von Rosa Luxemburg publizierte Orientierung für die Sozialdemokratische Partei des Königreichs Polen und Litauen.[15]

Rosa Luxemburg wandte sich an führende Persönlichkeiten der II. Internationale um Unterstützung. In ihrem Schreiben an Émile Vandervelde vom 8. Oktober 1910 hieß es: „Die Existenz einer so eindeutig revolutionären und sozialistischen Wochenschrift hat den Hass unserer Bourgeoisie entfesselt, und so kämpfen wir seit Wochen gegen die gesamte bürgerliche Presse, die gegen uns blankgezogen hat." Unter der Parole „Nieder mit den Juden!" gäbe sich die gesamte liberale, fortschrittliche Presse einem ausgesprochenen Taumel des Antisemitismus hin. „Sozialisten sind 'Juden', unser 'Młot' ist ein Organ des 'jüdischen Syndikats', wir alle sind Agenten des 'Judentums', und die 'fortschrittliche' Presse quillt über von persönlichen Verleumdungen und unerhörten Gemeinheiten. Wie Sie sehen, ist es eine Dreyfus-Affäre en miniature, was sich da gegenwärtig bei uns abspielt, und das ganze bürgerliche Polen – Fortschrittliche, Liberale, Freidenker im Wettstreit mit Vollblutreaktionären und dem Klerus – bildet ein Lager im Klassenkampf gegen uns." Außerdem bezeichne die bürgerliche Presse nach wohlbekanntem Verfahren die französischen, deutschen und andere Sozialisten als die „guten Sozialisten" und stelle sie in Gegensatz zu uns, „die wir als die 'unechten und vaterlandslosen Sozialisten' hingestellt werden".[16] Sie bat Vandervelde, sich in einem Offenen Brief „über die Verquickung der 'Gedankenfreiheit' mit dem Antisemitismus und über das 'Judentum' im Sozialismus" zu äußern. Die kämpfenden Arbeiter in Polen bräuchten Ermutigung.

Auch andere Autoritäten der II. Internationale folgten ihrem Hilferuf. Jean Jaurès verdeutlichte am 22. Oktober 1910 im *Młot* am Beispiel der Dreyfus-Affäre Zusammenhänge von Pseudopatriotismus, antisemitischer Barbarei und

15 Siehe ebenda, S. 220. Siehe auch Laschitza, Annelies, *Im Lebensrausch, trotz alledem, Rosa Luxemburg. Eine Biographie*, Berlin 1996, Taschenbuchausgabe 3. Aufl., Berlin 2009, S. 366 ff.
16 GB, Bd. 6, S. 172 f.

nationalistischer Orgie. Rosa Luxemburg wies in dem Artikel „Befremdende Kampfmethoden“ im *Vorwärts* vom 14. Dezember 1910 noch einmal die Angriffe zurück und kritisierte das schäbige Manöver. Im Einklang mit den meisten Sozialisten in allen Ländern müssten nationalistische Seitensprünge ebenso entschieden wie terroristische Abenteuer verurteilt werden.[17]

Rosa Luxemburg lieferte allerdings selbst wiederholt Angriffsflächen und Diskussionsstoff über das Verhältnis von nationaler Frage und Nationalismus. Sie beharrte auf ihrem Standpunkt: Polens Wiedergeburt werde sich erst und nur im Zuge des revolutionären Übergangs zum Sozialismus vollziehen. Verallgemeinert hatte sie 1908 in ihrer polnischen Artikelfolge „Nationalitätenfrage und Autonomie“ noch kategorischer formuliert: „Das ‘Selbstbestimmungsrecht der Nationen’ wird erst in dem gesellschaftlichen System aufhören eine Phrase zu sein, in dem auch das ‘Recht auf Arbeit’ aufhört, wohltönende Leerformel zu sein.“[18] In ihre Ansicht doktrinär verbohrt, versperrte sie sich die Möglichkeit, die Vielschichtigkeit und die schwierigen Lösungsprobleme der Nationalitätenfrage historisch kritischer, regional differenzierter und für die Menschen verständlicher zu erörtern.

Als sie gegen Ende des Ersten Weltkrieges wahrnahm, dass die Sozialisten wie zu Kriegsbeginn 1914 überall erneut nationalistisch verwirrt die Kastanien aus dem Feuer holten, bedachte sie auch die Zionisten mit Kritik. In Notizen „Über Krieg, nationale Frage und Revolution“ hielt sie u. a. fest: „Kapital plötzlich verschwunden, Klassengegensätze null und nichtig. [...] Der Nationalismus ist augenblicklich Trumpf. Von allen Seiten melden sich Nationen und Natiönchen mit ihren Rechten auf Staatenbildung an. Vermoderte Leichen steigen aus hundertjährigen Gräbern, von neuem Lenztrieb erfüllt, und ‘geschichtslose’ Völker, die noch nie selbständige Staatswesen bildeten, verspüren einen heftigen Drang zur Staatenbildung. Polen, Ukrainer, Weißrussen, Litauer, Tschechen, Jugoslawen, zehn neue Nationen des Kaukasus. Zionisten errichten schon ihr Palästina-Ghetto, vorläufig in Philadelphia – auf dem nationalistischen Blocksberg ist heute Walpurgisnacht [...] So birgt die allgemeine augenblickliche Weltexplosion des Nationalismus das bunteste Durcheinander verschiedenster Spezialinteressen und Tendenzen in ihrem Schoße.“ Die Spitze richte sich

17 Siehe Laschitza, Annelies, *Im Lebensrausch...*, S. 370.

18 Luxemburg, Rosa, Nationalitätenfrage und Autonomie. In: Dies., *Internationalismus und Klassenkampf. Die polnischen Schriften*, Neuwied u. Berlin 1971, S. 261.

gegen die drohende Weltrevolution des Proletariats.[19] Die Nationalitätenfrage, das Schicksal der Kolonien und die Perspektiven der Demokratie zählte sie in weiteren Gefängnisnotizen über die Nachkriegsentwicklung zu den drei großen weltweit ungelösten Problemen, für die es in der alten bürgerlichen Welt keinen Ausweg gäbe.[20]

Rosa Luxemburg saß im Herbst 1918 bereits mehr als drei Jahre in Haft. Unverrückbar war sie der Auffassung: „Die Völker sollen und können ohne Unterschied der Rasse und Farbe zusammen in Frieden leben. Nur dann kann man von Kultur reden, wenn Bande der Solidarität die Völker umschlingen.“[21] Während der Haftjahre hatte sie mehrere ihrer bedeutendsten Arbeiten verfasst: „Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik“, die Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Junius-Broschüre), die „Einführung in die Nationalökonomie“, die Einleitung zu der von ihr aus dem Russischen ins Deutsche übersetzten Autobiografie von Wladimir Korolenko „Die Geschichte meines Zeitgenossen“ und das Fragment „Zur russischen Revolution“. In diesen Schriften bewies sie noch einmal hervorragend ihre Fähigkeiten als unorthodoxe und kritische marxistische Wissenschaftlerin. Ihre Hauptgedanken und -argumente waren auf die Aktivierung des Kampfes gegen den Krieg und auf die Sicherung eines dauerhaften Friedens nach dem Krieg gerichtet. Der imperialistische Weltkrieg habe zur Genüge bewiesen, wie unfähig der Kapitalismus sei, die Menschheit vor Katastrophen und Kriegen, sozialer, politischer und nationaler Unterdrückung und Knechtung zu bewahren oder gar zu befreien. Diese Aufgabe obliege in erster Linie der internationalen Arbeiterklasse und könne nur über revolutionäre Massenerhebungen verwirklicht werden.

In ihrer Schrift „Die russische Revolution“ verknüpfte Rosa Luxemburg ihre begeisterte solidarische Parteinahme für die russische Revolution und die Bolschewiki mit einer freimütigen Kritik an Fehlverhalten und Fehlentwicklungen. In großer Sorge warnte sie: Was da unter zweifelsohne kompliziertesten Bedingungen an Friedenskompromissen und

19 Luxemburg, Rosa, *Gesammelte Werke* (GW), Bd. 4, 6. überarb. Aufl., Berlin 2000, S. 367 f. u. 370.

20 Auszüge aus bisher unveröffentl. Notizen siehe Laschitza, Annelies, *Im Lebensrausch...*, S. 581 ff.

21 GW, Bd. 3, 6. überarb. Aufl., Berlin 2003, S. 62.

Demokratieverlusten vor sich gehe, müsse zur Deformation und zum Untergang der beabsichtigten neuen Gesellschaftsordnung führen. Terror, Verletzung der Demokratie, „Verschwörertaktik", irreführende Propaganda und betrügerisches Paktieren mit außenpolitischen Gegnern der Revolution waren ihre Hauptkritikpunkte an der Politik der Bolschewiki. Darüber schrieb sie sowohl in Briefen an ihre polnischen Gefährten in der Sowjetregierung[22] als auch in ihrer Schrift „Die russische Revolution". Das Gefährliche beginne dort, warnte sie, wo die Bolschewiki „aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen [Proletariat] als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen"[23]. Der verdienstvolle Auftakt der russischen Revolution könne nur durch Revolutionen in den fortgeschrittenen Ländern gerettet und zum Erfolg geführt werden.

Obwohl gesundheitlich äußerst geschwächt, stürzte sich Rosa Luxemburg ab 10. November 1918 in Berlin ins deutsche Revolutionsgeschehen. Als erstes erfüllte sie, auch im Namen Karl Liebknechts, ein Versprechen an die bisherigen Mitgefangenen im Breslauer Frauengefängnis und im Zuchthaus Luckau. Sie forderte im Artikel „Eine Ehrenpflicht" vom 18. November „eine sofortige Linderung des Schicksals der Gefangenen in allen Strafanstalten Deutschlands" und die „Ausmerzung der Todesstrafe aus dem deutschen Strafkodex". Blut sei in den vier Jahren imperialistischen Völkermordes in Strömen geflossen. „Jetzt muss jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallenen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus."[24] Von Konterrevolutionären gehetzt und bedroht, brachte Rosa Luxemburg ihre Leidenschaft und ihre Vision für eine bessere Welt noch einmal auf den Punkt: Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit.

22 Siehe GB, Bd. 6, S. 205 ff.
23 GW, Bd. 4, S. 364.
24 Ebenda, S. 406.